Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes Borken, von Bürgermeisterämtern und Aemtern des Kreises Borken.

Geschäftsstellen: Bocholt, Realschulstr. 14. Fernsprech-Sammel-Nr. 3054. — Rhede: Jos. Heinrichs. — Anholt: W. Wolsing. — Werth: Th. Parras. — Isselburg: Johann Welling. Ringenberg: Schniedertöns. — Dingden: Willy Schmitz.
Organ der Zentrumspartei.

Postversandort: Dortmund,

Bocholter-Borkener Volksblatt

Postverlagsort: Bocholt.

Rheder Volkszeitung. Amtliches Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt u. des Landkreises Borken. Anholter u. Isselburger Zeitung.

Bezugspreise im Monat: Abgeholt von der Geschäftsstelle 1.65, ins Haus gebracht einschl. 25 Pfg. Botenlohn 2.20, durch die Post einschl. 42 Pfg. Bestellg. 2.52. In Fällen höherer Gewalt, wie Streik, Sperre, Betriebsstörung usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung od. Rückzahl.

Anzeigenpreise: Für das einspaltige Millimeter 13 Pfg., lokale Anzeigen 7,7 Pfg. Familienanzeigen 7,7 Pfg., kleine (Gelegenheits-) Anzeigen 6,6 Pfg., behördliche und parteipolitische Anzeigen 10 Pfg. Für den allgemeinen (Zeno-) Teil gelten besondere Tarife. Bei Klageerhebung, Vergleichen, Konkursen fällt der bewilligte Rabatt fort. — Gerichtsstand ist für beide Teile Bocholt.

Nummer 100 | Montag, den 10. April 1933 | Jahrgang 1933

Die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Das Gesetz gegen die Parteibuch- und die jüdischen Beamten.

TU **Berlin**, 9. April.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentumes, das gestern vom Kabinett beschlossen worden ist, wird heute im Reichsgesetzblatt veröffentlicht und tritt damit heute in Kraft.

Als Zweck des Gesetzes wird die Wiederherstellung des nationalen Berufsbeamtentumes bezeichnet. Unter das Gesetz fallen alle unmittelbaren Beamten des Reiches, der Länder, der Gemeinden usw., ferner die Dienstträger der Sozialversicherungen, nicht ausgenommen sind die Richter und die Lehrer an den Hochschulen. Beamte im einstweiligen Ruhestand werden als Beamte im Sinne des Gesetzes angesehen. Die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahngesellschaft sind durch Gesetz ermächtigt worden, für ihren Bereich entsprechende Anordnungen zu treffen.

Die §§ 2—6 bezeichnen die Beamtengruppen, die vom Gesetz erfaßt werden, und zählen die einzelnen Maßnahmen auf, die gegen die Beamten in den verschiedenen Gruppen möglich sind. Diese Maßnahmen sind abgestuft. Als schwerste Maßnahme ist die Entlassung aus dem Dienst, als leichteste die Versetzung in den Ruhestand mit allen Ehren und vollen Pensionsbezügen angeordnet. Die schwerste Maßnahme richtet sich gegen die sogenannten Parteibuchbeamten, die seit dem 9. Nov. 1918 in das Beamtenverhältnis eingetreten sind, ohne die für ihre Laufbahn vorgeschriebene oder übliche Vorbildung zu haben oder ohne die für ihr Amt sonstige Eignung zu besitzen. Diese Beamten erhalten drei Monate lang nach ihrer Entlassung ihre bisherigen Bezüge. Ein Anspruch auf Ruhegeld oder Hinterbliebenenversorgung und Weiterführung der Amtsbezeichnung, Titel, Dienstkleidung oder Dienstabzeichen steht ihnen nicht zu. Nur im Falle der Bedürftigkeit kann solchen Beamten, besonders wenn sie für mittellose Angehörige zu sorgen haben, eine widerrufliche Rente bis zu einem Drittel ihres Grundgehalts bewilligt werden. Die Vorschrift erstreckt sich auch auf Ruhestandsbeamte.

Der § 3 besagt, daß Beamte, die nichtarischer Abstammung sind, in den Ruhestand zu versetzen sind. Soweit es sich um Ehrenbeamte handelt, sind sie aus dem Amtsverhältnis zu entlassen. Das betrifft vor allem jüdische Beamte. Sie werden aber mit vollen Ehren und auch mit vollen Pensionsbezügen entlassen. Bei Pensionsbezügen tritt eine gewisse Einschränkung ein. Ausnahmen von diesen Bestimmungen gelten für die Vorkriegsbeamten nichtarischer Abstammung. Für Beamte, die am 1. August 1914 bereits Beamte waren, soll eine Nachprüfung nicht stattfinden. Eine zweite Ausnahme gilt für diejenigen nichtarischen Beamten, die im Weltkriege an der Front für das Deutsche Reich oder seine Verbündeten gekämpft haben und für solche, deren Väter und Söhne im Weltkriege gefallen sind.

Politisch unzuverlässige Beamte, d. h. Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden. Werden sie entlassen, so behalten sie drei Monate lang ihre Bezüge. Danach erhalten sie drei Viertel des Ruhegeldes und entsprechende Hinterbliebenenversorgung. Nach den weiteren Bestimmungen, die sich an die Personalabbauverordnung vom Jahre 1923 anpassen, können Beamte in ein anderes gleiches oder auch geringeres Amt versetzt werden. Sie behalten jedoch ihre bisherige Amtsbezeichnung und Diensteinkommen. Beamte, die hiermit nicht einverstanden sind, können innerhalb eines Monats ihre Versetzung in den Ruhestand verlangen.

Zur Vereinfachung der Verwaltung können Beamte in den Ruhestand versetzt werden, auch wenn sie noch nicht dienstunfähig sind. Ihre Stellen dürfen dann nicht mehr besetzt werden. Zuständig für die Durchführung der Maßnahmen ist lediglich die oberste Reichslandesbehörde. Nur sie darf die Entlassung aus dem Dienste, die Versetzung in ein anderes Amt oder in den Ruhestand aussprechen.

Diese Verfügungen müssen bis zum 30. September 1933 den betreffenden Beamten zugestellt werden. Damit kommt der vorübergehende Charakter des Gesetzes besonders zum Ausdruck. Die Fachminister haben es in der Hand, in ihrem Bereich die Maßnahmen schon früher durchzuführen. Das wird sich vor allem bei Richtern und leitenden Beamten auswirken, wo eine baldige Entscheidung erwünscht wird. Sobald ein Fachminister die Beendigung der Maßnahmen mitteilt, ist für die betreffende Verwaltung die Durchführung des Gesetzes erledigt und es treten wieder die normalen Vorschriften in Kraft.

Für Beamte nichtarischer Abstammung und für politisch unzuverlässige Beamte ist ausdrücklich hervorgehoben, daß sie kein Ruhegeld erhalten, wenn sie nicht mindestens eine zehnjährige Dienstzeit zurückgelegt haben. Ausnahmen sind zugelassen, wenn ein Beamter infolge Unfalls früher dienstunfähig wird.

Weiter werden durch das Gesetz die Mißstände beseitigt, die sich daraus ergeben haben, daß vielfach Beamten, die nicht als Berufsbeamte, sondern von der Parteigunst in ihr Amt gebracht worden sind, ihre frühere Tätigkeit als Nichtbeamter auf ihre Dienstzeit angerechnet worden ist; ähnliches gilt bei den öffentlich-rechtlichen Körperschaften. Die Festsetzungen von ruhegeldfähiger Dienstzeit, die diesen Anordnungen entgegenstehen, treten außer Kraft. Die Vorschriften über die Anrechnung der Ruhegeldzeit finden auch auf Beamte Anwendung, die schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in den Ruhestand gesetzt worden sind.

Weiter werden in dem Gesetz die überhöhten Bezüge der Kommunalbeamten geregelt. Es gelten die Richtlinien der preußischen Sparverordnung vom Jahre 1931, die bisher vom Staatsgerichtshof beanstandet wurden und infolgedessen nicht durchgeführt werden konnten.

Eine besondere Stellung nehmen die Reichsminister ein. Frühere Reichsminister, soweit sie seit November 1918 ernannt worden sind, und die Landesminister werden auf die Bezüge des Reichsministergesetzes zurückgeschraubt. Bezüge, die hiernach seit dem 1. April 1932 zuviel bezogen worden sind, müssen zurückgezahlt werden. Die Vorschrift findet entsprechende Anwendung auf die Hinterbliebenenbezüge.

Auf Grund des Gesetzes können gegen solche Beamte, die bereits entlassen oder in den Ruhestand versetzt worden sind, nachträglich Dienststrafverfahren eingeleitet werden mit dem Ziele der Aberkennung des Ruhegeldes, der Hinterbliebenenversorgung usw. Derartige Maßnahmen müssen bis zum 31. Dezember 1933 erfolgen.

Auf Angestellte und Arbeiter finden die Vorschriften des Gesetzes sinngemäße Anwendung.

Die Ausführungsvorschriften werden vom Reichsminister des Innern im Benehmen mit dem Reichsminister der Finanzen und den obersten Landesbehörden erlassen. Die Ausführungsbestimmungen werden auch über den Vollzug Anordnungen treffen und insbesondere aussprechen, daß dieses Gesetz nicht bestimmt ist für die große breite Masse aller Beamten, sondern daß es sich gegen diejenigen richtet, die die Hand am Staatsapparat haben und infolgedessen in einer gewissen Gleichstimmung mit den politischen Linien des Staates sein müssen. Die unteren und mittleren Beamten werden demnach von dem Gesetz so gut wie nicht berührt werden. Nach Ablauf der Frist des 30. September 1933 treten die normalen Bestimmungen für das Berufsbeamtentum wieder in Kraft.

*

Was sind jüdische Beamte?

tu **Berlin**, 8. April.

Was unter jüdischen Beamten, die von dem neuen Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums betroffen werden, zu verstehen ist, wird erst in den Ausführungsbestimmungen enthalten sein. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, ist aber damit zu rechnen, daß diejenigen Beamten des Gesetzes nicht als arisch angesehen werden, bei denen ein Großelternteil jüdischer Rasse ist.

Der Feiertag der nationalen Arbeit.

CNB **Berlin**, 9. April.

Nachdem das Reichskabinett gestern den Gesetzentwurf, den 1. Mai zum Feiertag der nationalen Arbeit zu erklären, angenommen hat, sind jetzt die Vorbereitungen für die Durchführung dieses Feiertages in den wesentlichsten Grundlagen festgelegt worden. Die Reichsregierung wird an den Veranstaltungen des Tages stärksten Anteil nehmen, selbstverständlich wird der gesamte Apparat des Rundfunks in den Dienst der Sache gestellt werden. Der Reichskanzler wird aus allen Teilen des Reiches Vertreter der Arbeiterschaft empfangen, die unentgeltlich mit Flugzeugen nach Berlin befördert werden sollen. Am Mittag wird im Lustgarten eine große Kundgebung stattfinden und am Abend eine Massenveranstaltung auf dem Tempelhofer Feld, bei der man mit einer Beteiligung von 500 000 bis 600 000 Personen rechnet. Bei dieser Gelegenheit wird der Reichskanzler eine Proklamation an die Arbeiterschaft richten. Alle öffentlichen Gebäude werden am 1. Mai Flaggenschmuck zeigen; außerdem sind überall Platzkonzerte in Aussicht genommen. Auch in den Arbeitsdienstlagern sollen überall Feiern stattfinden. Weiter wird die Regierung veranlassen, daß Straßenbahnen, Autobusse und die anderen Kraftwagen beflaggt werden sollen. Die Lokomotiven der Eisenbahnen werden mit frischem Grün geschmückt werden. In gleicher Weise sollen nach Möglichkeit auch die Häuser ein festliches Ansehen bekommen.

Neue Krafträder und Kraftwagen steuerfrei.

Gesetze über Kraftfahrzeugsteuer und Rennwettsteuererhöhung.

w **Berlin**, 8. April.

Die Reichsregierung hat am 7. April ein Gesetz über Erhöhung der Rennwettsteuer beschlossen. Der wesentliche Inhalt der Gesetze besagt:

Kraftfahrzeugsteuer: In Zukunft sind neue, d. h. nach dem 31. März 1933 erstmalig zum Verkehr zugelassene Personenkrafträder und Personenkraftwagen steuerfrei, und zwar nicht nur in der Hand des ersten Erwerbers, sondern überhaupt. In formeller Hinsicht ist vorgesehen, daß in Zukunft bei monatlicher Zahlung der Steuer anstelle von Vierteljahrskarten mit Teilzahlungen nur Monatskarten ausgestellt werden. Für Kraftdroschken ist der Reichsminister der Finanzen zur Anordnung gewisser Erleichterungen ermächtigt.

Um die Steuerfreiheit zu erlangen, gilt bis zum Erlaß endgültiger Bestimmungen folgendes: Der Fahrzeugeigentümer hat der Zulassungsbehörde nachzuweisen, daß sein Fahrzeug nach dem 31. März 1933 erstmalig zum Verkehr zugelassen ist. Die Zulassungsbehörde bescheinigt dies in der Steueranmeldung, die dem Finanzamt zugeleitet wird. Der Zulassungsschein kann alsdann ohne weitere Bescheinigung des Finanzamts ausgehändigt werden; eine besondere Bescheinigung über die Steuerfreiheit stellt das Finanzamt nicht aus. Nur in Zweifelsfällen verweist die Zulassungsbehörde den Antragsteller an das Finanzamt. Ist für ein steuerfreies Fahrzeug bereits nach dem 31. März 1933 eine Steuerkarte gelöst worden, so wird auf Antrag die Steuer erstattet. Etwa noch fälligwerdende Teilzahlungen werden erlassen. Im übrigen bleibt der Steuertarif unverändert.

Rennwettsteuer: Die Reichsregierung hat beschlossen, den Steuersatz für die beim Buchmacher abgeschlossenen Wetten dem für Totalisatorwetten anzugleichen, d. h. die Buchmachersteuer von 10 v. H. auf 16⅔ v. H. des Wetteinsatzes zu erhöhen. Für die Buchmachersteuer wird die Schlüsselung dahin geändert, daß die Steuer auf die Länder zu einem Drittel nach dem Aufkommen in den einzelnen Ländern und zu ⅔ nach der Bevölkerungszahl verteilt wird. Das Gesetz tritt mit dem 1. Mai 1933 in Kraft.

Ein Reichskommissar für Beamtenorganisation.

O **Berlin**, 9. April.

Der Reichsminister des Innern hat den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Sprenger (Oberpostinspektor in Frankfurt a. M.) zum Kommissar für Beamtenorganisation ernannt. Er hat den Auftrag, die Gleichschaltung der bestehenden Beamtenorganisationen mit der Regierung der nationalen Erhebung durchzuführen. Im Rahmen dieser Aufgabe ist das Aufgabengebiet der Beamtenorganisationen neu bestimmt worden. Ein Zusammenschluß von Beamten in der Form von Gewerkschaften darf nicht mehr stattfinden; die Befassung mit Warenwirtschaft ist ebenfalls untersagt.

Der Reichsbund der höheren Beamten veröffentlicht eine Erklärung, in der er sich grundsätzlich mit seiner Eingliederung in den neu aufgebauten Deutschen Beamtenbund einverstanden erklärt. Die Art der Eingliederung wird vom Reichskommissar Sprenger im Einvernehmen mit der Vertretung des Reichsbundes der höheren Beamten bestimmt. Damit ist die Einheit der deutschen Beamtenschaft in organisatorischer Hinsicht wieder hergestellt. Der neugeordnete Beamtenbund umfaßt nunmehr 1,8 Millionen deutscher Beamten unter nationalsozialistischer Führung.

Göring vor der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation.

w **Berlin**, 9. April.

Unter ungeheurer Beteiligung fand heute mittag im Sportpalast zum ersten Male eine Generalmitgliederversammlung der nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation, Gau Groß-Berlin, statt. Nur schrittweise fanden die schätzungsweise 20 000 Menschen Einlaß und tausende mußten wegen Ueberfüllung des Riesenraumes wieder umkehren. Der erste Redner, der Landesbetriebszellenleiter und Landtagsabgeordnete Engel hielt die Eröffnungsansprache. Er verbreitete sich ausführlich über die Organisation der nationalsozialistischen Betriebszellen.

Nach lebhaftem Beifall erschien der zweite Redner der Kundgebung, der Reichsminister und Kommissar für das preußische Innenministerium, Göring. Er wurde mit minutenlangen Heilrufen stürmisch begrüßt und nahm, nachdem der Landtagsabgeordnete Engel einen Willkommengruß an ihn gerichtet hatte, das Wort zu einer Rede, in der er u. a. sagte:

Meine Volksgenossen, wenn wir heute eine nationalsozialistische Revolution haben, so bekennen wir, daß es sich um eine nationalsozialistische Revolution handelt, und daß es nicht angeht, nur immer wieder von der nationalen Revolution zu sprechen. Denn nicht nur der deutsche Nationalismus hat sich zum Durchbruch verholfen, sondern wir sind besonders glücklich, daß auch der deutsche Sozialismus gesiegt hat. (Beifall.) Wer es ablehnt, von Sozialismus zu sprechen, wer meint, in Sozialismus marxistische Zersetzungsarbeit zu sehen, der hat auch nicht den tiefsten Sinn des Sozialismus erfaßt, der hat nicht verstanden, daß man überhaupt nur dann national ist, wenn man klipp und klar auch die sozialen Probleme erkennt und durchführt. So wie Nationalismus Dienst an der äußeren Peripherie ist, so ist Sozialismus Dienst im Innern des Volkes. So wie der Sozialismus vom Marxismus herabdegradiert worden war zu einer öden Lohn- und Magenfrage, so hat die bürgerliche Parteienwelt den Nationalismus herabdegradiert zum Hurrapatriotismus. Die Wurzeln dieses bürgerlichen Nationalismus waren Alkohol und Portemonnaie. (Beifall.) Deshalb mußten beide Begriffe wieder geeinigt werden. Aus dem Volke heraus ist die neue Idee gewachsen, und weil sie aus dem Volke heraus emporstieg, siegreich geführt durch den unbekannten Gefreiten des Weltkrieges, deshalb war diese Idee auch berufen, der Zerrissenheit ein Ende zu machen und aus dem Volke heraussteigend das Volk wieder zusammenzuschweißen zu einer Einheit. Aus der Zerrissenheit der Parteien haben wir diese Einigung langsam begonnen. Heute spielen diese Parteien nur noch ein komisches Dasein. Meine lieben Volksgenossen! Wenn wir heute eine nationalsozialistische Revolution haben, so betonen wir auch wieder, daß es sich um eine nationalsozialistische Revolution handelt und daß es nicht angeht, nur immer von der nationalen Revolution zu sprechen. (Beifall.) Erst nachdem nun im großen und ganzen das erste Fundament dieser inneren Geschlossenheit durch Adolf Hitler geschaffen war, konnte er auch daran denken, den Rahmen auch nach außen hin wieder zu gestalten. In einem einzigen Gesetz der Reichsstatthalter stellte er des Reiches Einheit wieder her. Durch dieses Gesetz haben wir etwas geschaffen, was seit Jahrhunderten nur ersehnt wurde, daß die Reichsgewalt, das Zepter des Reiches, als Einheit nun auch durchweg in allen Ländern die oberste Richtschnur ist, wobei gar nicht daran gedacht wird, das Stammesleben der Länder irgendwie zu beeinträchtigen. Neben der äußeren Form muß nun auch das innere Leben des Volkes, das Kernstück, geschaffen werden. Das kann nicht durch Gesetze gemacht werden. Ihr müßt arbeiten in euren Zellen und euren Betrieben und fortsetzen, was wir jahrelang gemacht haben, dieses ewige Ringen um die deutsche Seele. Das neue Beamten- und Angestelltengesetz ist ein schweres Gesetz; es trifft den einzelnen, wenn es sein muß, mit ungeheurer Wucht. Weil es so schwer ist, muß alles geschehen, um eine falsche Anwendung zu verhindern. Die einzige Richtschnur ist die, ob der Betreffende für den Staat ist oder wider sein Volk. Der einzelne Beamte, der ein gutes Gewissen hat, darf stolz sein Haupt erheben; es wird ihm nichts geschehen. In diesen Tagen kommen sie, die Denunzianten, da klagen sie den oder jenen an aus Konkurrenzneid und ähnlichen Beweggründen heraus. Wer denunziert, der bezeichnet sich selbst schon am besten dabei. Jedermann hat das Recht, anzuklagen, aber sind seine Anklagen falsch, dann trifft auch ihn die Strafe des Gesetzes, daß er den anderen verleumdet hat. (Stürmischer Beifall.) Die Betriebszellen sind in erster Linie berufen, den deutschen Arbeiter, den deutschen Angestellten, der zu ihnen kommt,

Reichsrat als Beratungsorgan für die Reichsregierung.

O **Berlin**, 9. April.

Ueber die Frage, welche Rückwirkungen das vom Reichskabinett verabschiedete Gesetz über die Einsetzung von Reichsstatthaltern in den Ländern auf den Reichsrat ausüben wird, hört das Nachrichtenbüro des VDZ in informierten Kreisen, daß der Reichsrat als politische Vertretung nunmehr eigentlich überflüssig geworden sei. Jedoch habe die Bedeutung des Reichsrates schon in der vergangenen Zeit vor allem in der sachlichen Beratung der Reichsregierung bezw. in der Information des Reichsrates über die Pläne der Reichsregierung gelegen. Diese Funktionen werde der Reichsrat auch nach der Gleichschaltung der Länderregierungen weiter behalten. Es handele sich dabei vor allem um wirtschaftliche Fragen, die das Reichskabinett mit Hilfe des Reichsrates sehr bequem jederzeit auf schnellstem Wege in Berlin erörtern könne, womit eine ebenso einfache wie rasche und dauernde Fühlungnahme zwischen den Referenten der Reichsregierung und denen der Länderregierungen sichergestellt sei. Es sei aber anzunehmen, daß der Name „Gesandtschaft" für die in Berlin stationierten Ländervertretungen verschwinden werde, etwa zu Gunsten der Bezeichnung „Vertretung bei der Reichsregierung".

Die Reichsstatthalter für die deutschen Länder.

CNB **Berlin**, 8. April.

In unterrichteten Kreisen rechnet man damit, daß — abgesehen von Preußen — im ganzen 10 Statthalter eingesetzt werden, und zwar je einer für Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen, Thüringen, ferner ein gemeinsamer Statthalter für beide Mecklenburg, ein weiterer gemeinsamer für Braunschweig und Anhalt, außerdem ein Statthalter für Oldenburg und Lippe und schließlich einer für die drei Hansestädte zusammen. Die Regelung für Preußen ist durch die Verbindung mit dem Amt des Reichskanzlers besonders bestimmt.

In politischen Kreisen werden u. a. als künftige Statthalter genannt für Sachsen der SA-Gruppenführer und Reichskommissar für Sachsen, Manfred von Killinger, als Ministerpräsident der Gauleiter Mutschmann, M. d. R.; für beide Mecklenburg der Reichstagsabgeordnete Friedrich Hildebrandt, nationalsozialistischer Gauleiter.

In Mecklenburg-Schwerin dürfte die bisherige Regierung Granzes im Amte bleiben, während in Mecklenburg-Strelitz der deutschnationale Staatsminister von Michael abberufen werden dürfte, nachdem jetzt infolge der Gleichschaltung der Landtage die NSDAP die absolute Mehrheit in Mecklenburg-Strelitz hat. Man rechnet damit, daß die Zusammenschlußbestrebungen zwischen beiden Ländern ernstere Formen annehmen und gegebenenfalls Ministerpräsident Granzow auch die Regierung von Mecklenburg-Strelitz übernimmt. Für den Freistaat Hessen wird der nationalsozialistische Gauleiter Jakob Sprenger in Frankfurt a. Main als Statthalter genannt, die nationalistische Regierung Werner dürfte im Amte bleiben. Für Baden nennt man den bisherigen Reichskommissar für Baden, den Gauleiter Wagner, M. d. R., für Bayern den Reichskommissar General von Epp. — Ueber die Persönlichkeiten der Ministerpräsidenten dürfte wohl für beide Länder noch keine Klarheit herrschen.

...ends Flecke, ...er Ecke!
...r Reinlich-...kammer, ...r Toilette, ...rade weil ...iel Reini-...brauchen ...ge Kraft, ...lles: (M)
...ilen, Reinigen ...es Hausgerät ...werken!
...altersher ...st's auch Vorliebe ...ar solide, während ...für gute ...ser heu-...egenheit, ...ukaufen.
...s. Hausmarke, ...erbest. Material und ...ele Marken und Formen
12.50
...otteurschuhe m. ...lagen, i Schnur und Spangen ...äußerst bequem
7.90
...markt 9

weltanschaulich zu formen und zu erziehen, bis er ein deutscher Nationalsozialist geworden ist. Das ist eure Hauptaufgabe. Ihr müßt dem ehemaligen Marxisten und Kommunisten klar machen, was es heißt, zum Volk zu gehören. Ihr sollt die marxistische Idee zertrümmern! (Stürmischer Beifall.) Die Kraft, eine Idee zu überwinden, muß aus inneren Werten kommen. Das könnt ihr nur aus dem Vertrauen zu dem, was wir predigen und formen wollen: die blinde Treue zu dem Führer Adolf Hitler, der das alles geschaffen hat, ohne den es das nicht gäbe, was ihr heute seht. (Brausender Beifall.) Die eiserne Disziplin, die zu allen Zeiten die Voraussetzung zu einem Sieg war, ist in erster Linie notwendig. Zwei weitere Kraftquellen sind euch gegeben, die euch helfen können, unserer Idee zum Siege zu verhelfen. Das ist der unerschütterliche Glaube, daß — mag kommen was will — Deutschland leben muß. Deutschland wird leben, weil wir das wollen, weil es notwendig ist!

Als Reichsminister Göring geendet hatte, wurden ihm von der Versammlung stürmische Kundgebungen bereitet. Die Menge sang den ersten Vers des Liedes „Der Gott, der Eisen wachsen ließ" und anschließend das Horst-Wessel-Lied.

Kerrl an die Oberlandesgerichtspräsidenten.

!! **Berlin**, 8. April.

Der Kommissar des Reiches für das preußische Justizministerium hat an die Präsidenten der preußischen Oberlandesgerichte folgenden Erlaß gerichtet:

„Mit Erstaunen mußte ich feststellen, daß nicht ein einziger Chefpräsident der Oberlandesgerichte bezw. des Kammergerichts dem Justizministerium gegenüber dem Standpunkt Ausdruck gegeben hat, daß derjenige Beamte, der die allgemeine Verfügung des Staatsministeriums vom 9. Juli 1930 (Justizministerialblatt 1930, Seite 220) ausführte, verfassungs- und damit pflichtwidrig handelte.

Die erwähnte Verfügung verbot Beamten u. a. die Zugehörigkeit zur NSDAP. An der Verfassungswidrigkeit dieser Verfügung konnten Zweifel nicht bestehen.

Mit Rücksicht auf die verfassungsmäßig garantiert gewesene richterliche Unabhängigkeit wäre der Richter derjenige gewesen, der sich gegenüber dem Staatsministerium zum Sprecher des Gewissens der Nation hätte machen müssen.

Ich ersuche mit Rücksicht hierauf um umgehenden Bericht, warum trotz dieser klaren Rechtslage und Aufgabe Bedenken gegen den erwähnten Staatsministerialerlaß nicht geltend gemacht worden sind.

Der große SA-Appell im Berliner Sportpalast.

— **Berlin**, 8. April.

Der große SA- und SS-Appell, der heute abend für Berlin und ganz Deutschland im Sportpalast stattfand, warf in der Hauptstadt schon am frühen Nachmittag seine Schatten voraus. Bereits Stunden vor Beginn der Kundgebung war die Potsdamer Straße von Uniformen voll, und um 6 Uhr war der Sportpalast bis unter das Dach mit den Standarten der SA und SS gefüllt. Gleichzeitig mit der Sportpalast-Kundgebung hatten sich SA-Stürme in den Tennishallen in Wilmersdorf versammelt, wo sie die Ansprache des Reichskanzlers im Radio anhörten.

Im Sportpalast begann kurz vor 19 Uhr Reichsminister Dr. Goebbels von seiner Loge aus eine Rundfunkreportage. Nach der Meldung des Gruppenführers Berlin-Brandenburg an Hauptmann Röhm, daß die SA und SS in Stärke von fast 18 000 Mann im Sportpalast angetreten sei, wandten sich alle Blicke dem Eingang zu, wo Reichskanzler Adolf Hitler erschien. Der Kanzler begrüßte die Stürme der SA und SS mit dem Ruf „SA und SS Heil!" Hinter dem Kanzler sah man seinen Adjutanten Oberleutnant Brückner, den Reichspressechef der Partei Dr. Dietrich, den Oberführer Prinz August Wilhelm und den SS-Gruppenführer Ost Daluege.

Reichskanzler Hitler sagte in seiner Rede an die SA und SS u. a. folgendes: Die große Zeit ist jetzt angebrochen, auf die wir vierzehn Jahre lang gehofft hatten. Deutschland ist nun erwacht. Das, was wir vor vierzehn Jahren begonnen, waren Vorstellungen, die gewiß auch andere vor uns gehabt haben. Wir aber haben sie geformt zu einem kritischen Glaubensbekenntnis. Aus der Zerrissenheit der Stände, der Berufe und Klassen, aus dem Zerfall des Reiches und der Reichsgewalt haben wir als Idee einer neuen Wiedererhebung das Bekenntnis unseres Programms abgelegt und haben begonnen, dieses Bekenntnis zu einem Glaubenssatz zu formen, auf den nun Millionen Menschen eingeschworen werden konnten. Zwei Gründe standen bei der Geburt der SA und SS Pate: Wir Nationalsozialisten wollten uns selbst beschützen und nicht um fremde Hilfe betteln. Wenn wir aber dieses Ziel erreichen wollten, so mußten wir weiterhin ein neues Volk schaffen, und dazu mußten wir alles in uns überwinden, was wir als verderblich für unser Volk ansahen. SA- und SS-Kameraden, wenn das ganze deutsche Volk unseren und Euren Geist heute bereits in sich trüge — Deutschland würde unzerstörbar sein! Deutschland würde eine unerhörte Kraft darstellen, ohne Waffen selbst, einfach durch diesen gestählten inneren Willen. Freilich ging diese in Euch verwirklichte Gleichheit auf Kosten der Freiheit, von der die anderen redeten. Wir haben diese Gefolgschaftstreue in uns entwickelt, diesen blinden Gehorsam, den die anderen ja alle nicht kennen, der uns aber alles überstehen ließ. Wir haben ferner gezüchtet die Tugend des Mutes. Heute strömen Millionen in unsere große Front hinein. Allein, sie müssen zum großen Teil erst das lernen, was diese braune Armee seit vielen Jahren geübt hat, sie müssen alle erst lernen, das auf sich zu nehmen, was Zehntausende unserer Kameraden auf sich genommen haben, mit ihrem Blut bezahlten, mit ihrem Leben. Wir haben es fertig gebracht, aus freiem Willen heraus diesen großen Mut in unser Volk wieder hineinzusenken, der es wagt, ein Werk gegen eine Welt von Feinden zu ertrotzen. Wenn diese Bewegung nicht so grenzenlos in ihrer Disziplin sein würde, so rief der Kanzler aus, so würden die, die sich heute über Opfer beklagen, die von ihnen gefordert werden, wahrscheinlich mehr zu klagen haben. Die Bewegung hat in vollster Disziplin sich selbst gezähmt im Blick auf Deutschland, um unser Volk nicht herunterzerren zu lassen vor den Augen der Welt, in das Niveau hinein, das die Gegner selbst einst geschaffen hatten. Es ist die unerhörte Selbstzucht und eine grenzenlose Beharrlichkeit in der Verfolgung eines Zieles notwendig gewesen. Dieser Beharrlichkeit verdanken wir unseren heutigen Sieg! Dafür möchte ich heute danken, daß Ihr nicht wankend geworden seid, daß Ihr mich in der Zeit nicht allein gelassen habt. Ihr müßt nun aber auch die unerschütterliche Kampfgruppe sein der nationalen Revolution, müßt Euch auch für die Zukunft mit denselben Tugenden wappnen, die ihr 13 bis 14 Jahre gehabt habt. Wir haben vier Jahre vor uns und wir wissen alle, nach vier Jahren werden wir vor die Nation hintreten und sie wird, denn sie muß, uns dann ihr Vertrauen ausdrücken, gewaltiger als je zuvor. Nun sind wir die Träger der Macht geworden und sehen vor uns nun die zweite große Aufgabe unserer Bewegung. Die Macht haben wir nur in Deutschland gewonnen, nun gilt es, das deutsche Volk zu gewinnen und einzubauen in diese Macht, die Millionenmassen unserer schaffenden Menschen aus allen Ständen zusammenzufügen zu dieser Gemeinschaft.

Im Anschluß an die Rede des Kanzlers brachte Hauptmann Röhm, der Chef des Stabes, ein Sieg-Heil! auf den Obersten SA-Führer Adolf Hitler aus, in das die gesamte SA begeistert einstimmte: Das Horst-Wessel-Lied und das Lied „Volk ans Gewehr" schlossen die Kundgebung. Dann übergab Gruppenführer Ernst das Kommando den Standarten- und Sturmbannführern und ordnete den Abmarsch der Formationen an, der gegen 8 Uhr begann und bis nach 9 Uhr andauerte. Besonders herzlich begrüßt und bejubelt wurde die SS-Stabswache des Reichskanzlers in ihrer schwarzen Uniform und ihren schwarzen Stahlhelmen.

Polnische Hetze gegen das Deutschtum.

Kundgebung des Westmarkenvereins

w **Myslowitz**, 9. April.

Hier fand heute eine vom Westmarkenverein veranstaltete Kundgebung als Protest gegen die revisionistischen Absichten Deutschlands statt.

In den Straßen der Stadt Myslowitz herrschte Ruhe, und trotz der Aufforderung des Westmarkenvereins, die Häuser reich zu schmücken, war nur spärlicher Flaggenschmuck zu sehen. Die Schaufenster der Geschäftsstelle der „Kattowitzer Zeitung" waren mit weißer Farbe beschmiert. An einem der Fenster befand sich ein gedrucktes Plakat folgenden Inhalts: „Aufständische! Die Hitlerleute gelüstet es nach Hieben! Erinnert Euch der drei Aufstände! Laßt das auf der morgigen Kundgebung erkennen!"

Nach einem Aufzug durch die Straßen der Stadt und einem Gottesdienst fand auf dem Ring die Protestkundgebung statt, an der eine große Menschenmenge teilnahm. Es sprachen vier Redner. Aus den Ansprachen sprühte der Haß gegen alles, was deutsch ist, hervor. Deutschland verkünde einen Anschlag auf die polnische Grenze. Aber weder historisch noch ethnographisch habe Deutschland ein Recht, polnische Gebietsteile zu verlangen. Genau so weit wie die Przemsa sei die Oder von der Grenze entfernt und nur aus Friedlichkeitsgründen habe Polen die Gebiete bis an die Oder nicht gefordert. In heftigen Worten wurden die angeblichen Terrorfälle geschildert, die in Deutschland verschiedentlich gegen die Minderheiten, besonders gegen Juden, verübt worden seien. Zum Schutze der Minderheiten in Deutschland wurde gefordert, das Abkommen über die Minderheiten auch auf Deutschland anzuwenden. Die polnische Regierung wird aufgefordert, gegen die deutschen Gewaltakte, worunter auch die Verbote der polnischen Presse fielen, nicht nur in Berlin zu protestieren, sondern sie auch vor das Forum des Völkerbundes zu bringen, und wenn das den Polen nicht zu ihrem Rechte verhelfen sollte, so solle die Regierung die Männer unter die Waffen rufen, um zu bezeugen, daß Polen zur Abwehr bereit sei.

Zum Schluß wurde eine Entschließung verlesen, nach der man nicht mit Exzessen und Ausschreitungen gegen das Deutschtum vorgehen solle, sondern mit Boykott, der bestimmt sei, deutsche Waren, deutsche Zeitungen und Filme auszurotten. Es wurde dazu aufgerufen, keine deutschen Waren und keine deutschen Zeitungen zu kaufen. Die Regierung wurde aufgefordert, den deutschen Zeitungen das Postdebit zu entziehen und die in Polen erscheinende Presse zu überwachen. Mit dem Absingen der „Rota" fand diese gegen das Deutschtum gerichtete Kundgebung ihren Abschluß.

In Kattowitz sah man heute vor dem Bahnhof große Ansammlungen von Studenten. Ueberall war verstärkter Polizeischutz zu bemerken. Zu Zusammenstößen kam es nirgends.

„Sehen Sie das neue Deutschland nicht falsch!"

Eine Rede des Aachener Regierungspräsidenten, an Belgien und Holland gerichtet.

CNB **Aachen**, 8. April.

Bei der Amtseinführung des neuen Polizeipräsidenten von Aachen, Hermanns, machte Regierungspräsident Stieler bemerkenswerte Ausführungen über die Beurteilung der politischen Verhältnisse Deutschlands im Ausland. Nachdem er darauf hingewiesen hatte, daß er selbst nicht der herrschenden Partei angehöre, daß er aber von der nationalsozialistischen Partei auch nicht einmal andeutungsweise zu einem Gesinnungswechsel beeinflußt worden sei, richtete er an das benachbarte Ausland, das ihn als einen Freund der Wahrheit und Gerechtigkeit kennen gelernt habe, die Bitte:

Sehen Sie das neue Deutschland nicht falsch. Lassen Sie ihm Gerechtigkeit widerfahren. Lassen Sie Deutschlands innenpolitische Angelegenheiten seine eigene Sorge sein. Man bedenke doch, daß alles im neuen Staate noch in Fluß ist. Bemerkenswert für das Ausland mag aber auch die Tatsache sein, daß nicht nur eine Partei, sondern das ganze national eingestellte Volk am Aufbau unseres Staates mitarbeitet. Gerade das Ausland, das eine ruhige Entwicklung in Deutschland wünscht, hat ein Interesse daran, daß diese Entwicklung vom Ausland nicht gestört wird. Wir sind gegen eine Kritik vom Ausland her gewiß nicht ablehnend, aber nach einem Ausspruch des Reichskanzlers muß das „Recht zur Kritik eine Pflicht zur Wahrheit sein".

Wenn heute weite Kreise des deutschen Volkes, besonders hier des Grenzgebietes, die parteipolitisch nicht den Regierungsparteien angehören, sich nicht nur auf den Boden der Tatsachen stellen, sondern bewußt in freudiger Bejahung dem neuen nationalen Staat dienen wollen, so geschieht dies nicht zuletzt deshalb, weil sie darin die letzte Möglichkeit sehen, Deutschland vor der Herrschaft des Bolschewismus zu bewahren.

Es war vielleicht die letzte Stunde, Deutschland und damit zugleich Europa vor der Pest des unmenschlichen, blutigen östlichen Kommunismus zu retten.

Ich bin überzeugt, daß man gerade in unseren Nachbarländern Holland und Belgien diese Großtat Hitlers, die Ausrottung des Kommunismus würdigen wird. Wenn vom Ausland her immer wieder darauf hingewiesen wird, daß Deutschland innerlich nicht zur Ruhe komme und einen Herd der europäischen Unruhe bilde, dann möge man doch nicht vergessen, daß die Hauptursache dieser Unruhe, die niemand mehr als wir Deutsche selbst beklagen, in dem schicksalsschweren Wort „Versailles" begründet ist.

Das deutsche Volk wird und kann seiner Lage und seinem Wesen nach solange nicht zur Ruhe kommen, als ihm nicht die Gleichberechtigung gegenüber allen anderen Völkern der Welt zuteil wird.

Gerade wir deutsche Menschen hier an der Grenze wollen mit unseren Nachbarn in Frieden und Ruhe leben. Die unmittelbaren guten, ja freundschaftlichen Beziehungen zwischen der diesigen Grenzbevölkerung hüben und drüben sind der beste Beweis dafür. Wir kennen die Auswirkungen des Krieges wohl am besten, und deshalb lieben wir den Frieden. Wir wollen nichts sehnlicher, als die guten Beziehungen zu unseren holländischen Nachbarn, denen wir nie vergessen werden, was sie in schwerster Stunde deutschen Schicksals besonders für unsere „durch fremde Schuld" ausgehungerten Frauen, Mütter und Kinder getan haben, aufrechterhalten und ausbauen.

Und wir wollen auch die zarten Fäden, die sich zu unserem Nachbarlande Belgien gesponnen haben, festigen und stärken,

obwohl wir wissen, daß dauernden und herzlichen Beziehungen die Worte „Eupen-Malmedy" leider noch entgegenstehen.

Diese Worte an unsere ausländischen Nachbarn, die, wie ich weiß, von der Aachener Grenzbevölkerung hundertprozentig gebilligt werden, sollen der Wahrheit, Klarheit und Gerechtigkeit und einem guten nachbarlichen Verhältnis dienen. Sie mögen darum so aufgefaßt werden, wie sie hier aufrichtig gemeint sind.

Neuer Staatssekretär im preußischen Innenministerium.

Staatssekretär von Bismarck zur Disposition gestellt. Ministerialdirektor Grauert sein Nachfolger.

TU **Berlin**, 9. April.

Der preußische Minister des Innern teilt mit: Zum Staatssekretär im preußischen Innenministerium ist Ministerialdirektor Grauert ernannt worden. Der bisherige Staatssekretär von Bismarck wurde zwecks anderer Verwendung einstweilen zur Disposition gestellt. (Staatssekretär von Bismarck hat vor kurzem vor einer deutschnationalen Jugendorganisation eine Rede gehalten und sich dabei abfällig darüber geäußert, daß die Veranstaltung nicht durch den Rundfunk übertragen wurde. Aus dieser Unstimmigkeit ist seine Ersetzung durch Grauert zu erklären.)

Mehr Hilfslehrkräfte für 1933.

VDZ **Berlin**, 9. April.

In einem Erlaß des kommissarischen preußischen Kultusministers Rust wird, wie das Nachrichtenbüro des VDZ hört, mitgeteilt, daß für das Rechnungsjahr 1933 die Zahl der vorübergehend eingerichteten Hilfslehrerstellen im Einvernehmen mit dem Finanzminister von 3000 auf 5500 vermehrt worden sei. Die erhöhte Beschäftigung von Hilfslehrkräften soll den Verhältnissen Rechnung tragen, die sich im Schuljahr 1933 durch die Steigerung der Schulkinderfrequenz und des Stundenbedarfes ergeben. Durch die Hilfslehrerstellen soll eine vermehrte Beschäftigung von Junglehrern sichergestellt werden. Das Vorhandensein einer Hilfslehrerstelle darf daher in keinem Falle bei dem Abbau einer Planstelle oder Außerplanstelle mitbestimmend sein.

Abflug Görings nach Rom.

tu **Berlin**, 9. April.

Amtlich wird mitgeteilt: Reichsminister und Reichskommissar für die Luftfahrt, Göring, hat heute, Sonntag, nachmittags 4,15 Uhr vom Berliner Zentralflughafen Tempelhof aus mit einem Flugzeug der Deutschen Luftkansa die bereits angekündigte Rom-Reise angetreten. In seiner Begleitung befinden sich Staatssekretär Milch, Hauptmann a. D. Körner und Hauptmann a. D. Volle vom Reichskommissariat für die Luftfahrt. Ferner nahmen der italienische Luftfahrtattaché in Berlin, Oberst Senzadenari, und der Präsident der italienischen Handelskammer, Menzetti, an der Reise teil. Zum Abflug hatten sich der italienische Botschafter Exz. Cerutti mit seinen Herren und zahlreiche führende Persönlichkeiten der deutschen Luftfahrt in Tempelhof eingefunden. Reichsminister Göring wird dem italienischen Luftfahrtminister Balbo seinen Gegenbesuch abstatten. Außerdem sind Besprechungen über die Ausgestaltung der deutsch-italienischen Luftverkehrsbeziehungen vorgesehen. Das Flugzeug, das von Flugkapitän Bauer geführt wird, traf nach zweieinhalbstündigem Flug in München ein. Der Start zum Weiterflug nach Rom ist für Montag vormittag angesetzt.

Norman Davis nach Paris abgereist.

w **Berlin**, 9. April.

Der amerikanische Sonderdelegierte Norman Davis ist heute um 9,34 Uhr in Begleitung seiner Gattin im Nordexpreß nach Paris abgereist. Gestern nachmittag hatte er eine eingehende Aussprache mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister über Abrüstung und Weltwirtschaftskonferenz.

Vizekanzler von Papen in Rom.

tu **Rom**, 9. April.

Der Vizekanzler von Papen ist am Sonntagmorgen in Rom eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern der deutschen Botschaft sowie von einem hohen Beamten des italienischen Außenministers empfangen. Obwohl die Reise von Papens privater Art ist, war er schon an der italienischen Grenze von dem Präfekten der Provinz und in Verona durch den dortigen Bürgermeister begrüßt worden. Die Ankunft in Rom war ebenfalls nicht unbemerkt geblieben, und eine zahlreiche Menschenmenge begrüßte den Vizekanzler, als er den Bahnhof verließ, mit herzlichem Beifall. Am Sonntag nachmittag besuchte von Papen die Ausstellung der faschistischen Revolution. Er wurde von dem Vizesekretär der faschistischen Partei, Marpicati, geführt. Auch hier wurde er beim Verlassen der Ausstellung von einer großen Menschenmenge äußerst herzlich begrüßt.

Neuordnung beim „Berliner Tageblatt".

CNB **Berlin**, 9. April.

Die Geschäftsführung der Rudolf Mosse-Stiftung G. m. b. H. veröffentlicht an der Spitze der Sonntagsausgabe des „Berliner Tageblattes" eine Erklärung, in der mitgeteilt wird, daß der Verleger Lachmann-Mosse sich entschlossen hat, die Leitung des Hauses Rudolf Mosse niederzulegen und die Geschäftsführung in die Hände alter bewährter Mitglieder seines Hauses zu legen. Gleichzeitig stelle das Ehepaar Lachmann-Mosse auf die Dauer von 15 Jahren den Ueberschuß ihrer sämtlichen Betriebe einem gemeinnützigen Fonds zur Verfügung, der zu Gunsten der Opfer des Weltkrieges ohne Unterschied der Konfession verwendet werden solle. Die Besitzverhältnisse der ausländischen Unternehmungen und Tochtergesellschaften blieben unverändert. Die neue Geschäftsführung verbinde mit dem Dank an das Ehepaar Lachmann-Mosse das Gelöbnis von vielen tausend Angestellten und Arbeitern, die Unternehmungen im Geiste des Begründers der Familie und einer nationalen und demokratischen Weltanschauung fortzuführen. In diesem Sinne werde die gesamte Kraft eingesetzt werden für den Aufbau des Vaterlandes.

In einem einleitenden Artikel des neuen Geschäftsführers Karl Vetter wird weiterhin mitgeteilt, daß von heute ab Dr. Erich Haeuber die Innen- und Kulturpolitik, Dr. J. Räuscher die Außenpolitik und Dr. Feliz Pinner die Wirtschaftspolitik des „B. T." leiten wird.

Hellseher Hanussen ermordet.

CNB **Berlin**, 8. April.

Gestern wurde von Chausseearbeitern in einer kleinen Tannenschonung an der Landstraße von Baruth nach Neuhof die Leiche eines gutgekleideten Mannes aufgefunden. An Hand einer Firmenbezeichnung im Anzug wurde ermittelt, daß es sich vermutlich um den unter dem Namen Erik Jan Hanussen als Hellseher tätig gewesenen Verlagsbesitzer Hermann Steinschneider handelt. — Diese Vermutung erhielt heute ihre Bestätigung dadurch, daß ein früherer Angestellter Steinschneiders im Schauhause den Toten mit Sicherheit als seinen früheren Chef erkannt hat. Die Leiche Steinschneiders weist mehrere Schußverletzungen auf, die ihm augenscheinlich von fremder Hand beigebracht wurden. Die Staatsanwaltschaft II ist mit der Aufklärung betraut und wird dabei von der Berliner Mordkommission unter Leitung des Kriminalkommissars Albrecht unterstützt.

Erik Jan Hanussen wurde am 2. Juli 1889 in Wien geboren. Im Kriege war er zunächst Frontsoldat, wurde aber später als Wünschelrutengänger der vierten Armee in Bosnien verwendet. Sein erstes öffentliches Auftreten als Telepath erfolgte im Jahre 1917 im Wiener Konzerthaussaal. Durch zahlreiche Vorträge wurde er weit über die Grenzen Oesterreichs hinaus bekannt. Er unternahm Vortragsreisen nach Amerika, Asien und Afrika. 1927 stand Hanussen im Mittelpunkt des sogenannten Hellseher-Prozesses in Leitmeritz (Böhmen), der für Hanussen mit einem Freispruch endete. Hanussen war damals wegen seiner hellseherischen Tätigkeit von einem Gendarmen angezeigt und von der Staatsanwaltschaft unter Anklage gestellt worden. Im Verlaufe des Prozesses mußte Hanussen praktische Beweise seiner Fähigkeiten ablegen. Die Beweisführung erfolgte damals unter strenger Bewachung von 16 Gendarmen und in geheimer Sitzung, der nur das Gericht, die Staatsanwaltschaft und vier Sachverständige beiwohnten. Hanussen gelang es damals, die von ihm verlangten Beweise zu erbringen. Gleichwohl war seine Fähigkeit in der letzten Zeit sehr umstritten. Durch umfangreiche schriftstellerische Arbeit hatte Hanussen-Steinschneider sich einen großen Anhängerkreis geschaffen. Doch dürfte die Zahl seiner Feinde nicht geringer gewesen sein.

Sportflugzeugabsturz auf der Heerstraße in Berlin.

w **Berlin**, 9. April.

Beim nationalsozialistischen Jugendfliegertreffen in Staaken ereignete sich ein schweres Unglück. Bei der fünften Programmnummer, die eine Stafette zwischen Reiter, Läufer, Motorradfahrer und Flugzeugen brachte, streifte das vom Flugzeugführer Hermann Hackbusch gesteuerte Albatros-Flugzeug die Hochspannungsleitungen, die über die verlängerte Heerstraße führen und stürzte in die Zaungäste ab. Die meisten Zuschauer konnten sich durch Beiseitespringen in Sicherheit bringen. Ein Mann jedoch kam nicht mehr rechtzeitig von dem Sturzplatz weg und wurde durch das niederstürzende Flugzeug getötet. Eine Frau wurde so schwer verletzt, daß sie dem Spandauer Krankenhaus zugeführt werden mußte. Sie ist dort am Abend ihren Verletzungen erlegen. Es handelt sich um die Gattin eines zu Studienzwecken in Berlin weilenden türkischen Offiziers. Wie durch ein Wunder blieb der Flugzeugführer unverletzt. Er zog sich nur eine Schramme an der Oberlippe zu und schlug sich einige Zähne des Oberkiefers ein. Das Flugzeug wurde vollkommen zertrümmert.

Explosion in südbulgarischem Kohlenbergwerk.

— **Sofia**, 8. April.

Im Kohlenbergwerk Cardiff bei Twarditza in Südbulgarien ereignete sich in der Freitagnacht infolge einer Explosion von Grubengas eine schwere Katastrophe. Mehrere Stollen wurden eingedrückt. Bisher steht fest, daß acht Arbeiter getötet wurden. Aus den vorliegenden Meldungen geht hervor, daß mit weiteren Verlusten an Menschenleben gerechnet wird.

Kleine Nachrichten.

Nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" soll sich Vizekanzler von Papen mit dem Gedanken tragen, sich der NSDAP anzuschließen.

Der Reichsarbeitsminister hat den Senatspräsidenten Thielmann beim Reichsversicherungsamt zum Kommissar für die Reichsknappschaft bestellt. Für die Bezirksknappschaften werden besondere Komissare bestellt.

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft hat sich entschlossen, bisher zurückgestellte Arbeiten in ihren Ausbesserungswerken auszuführen und hierfür von sofort ab 5000 Mann ausgesinnten Kreisen neu einzustellen. In erster Linie werden jüngere Kräfte berücksichtigt werden.

Als Referent für die Reform des höheren Schulwesens ist der nationalsozialistische Studienrat Dr. Usadel, der Mitglied des Reichstags ist, in das preußische Kultusministerium berufen worden.

Die deutsch-tschechoslowakischen Besprechungen über die Regelung des Zahlungsverkehrs haben Samstag nach langwierigen Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis geführt.

Das an der historischen evangelischen Paulskirche in Frankfurt a. M. vor zwei Jahren angebrachte Friedrich-Ebert-Denkmal ist auf Veranlassung des Nationalen Kampfbundes entfernt worden. Die Anschrift, die in das Mauerwerk eingelassen war, wurde herausgemeißelt.

Das südafrikanische Parlament ist mit Wirkung vom 21. April aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden am 17. Mai statt.

Aus Westdeutschland.

Staatskommissar Böhmer vom Regierungspräsidenten bestellt.

¶ **Gelsenkirchen, 9. April.**

Wie die „Gelsenkirchener Zeitung" erfährt, hat der Regierungspräsident in Münster auf den Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom letzten Donnerstag über die Ernennung eines Staatskommissars heute folgende Mitteilung durch die Regierungspressestelle verbreiten lassen:

Auf den übereinstimmenden Wunsch des zur Zeit die Geschäfte der Stadtverwaltung führenden Vertreters des Oberbürgermeisters, Beigeordneten Dr. Schumacher, und der Stadtverordneten-Versammlung in Gelsenkirchen hat der Regierungspräsident den Stadtverordneten Karl Böhmer (NSDAP) aus Gelsenkirchen zum Staatskommissar beim Oberbürgermeister der Stadt Gelsenkirchen bestellt.

Mit der am 13. März erfolgten Beurlaubung des Oberbürgermeisters Zimmermann und mit der am gleichen Tage durch den Regierungspräsidenten erfolgten Beauftragung des Beigeordneten Dr. Schumacher als Stellvertreter des Oberbürgermeisters hat sich der preußische Minister des Innern (Kommissar des Reiches) durch einen Erlaß vom 27. März einverstanden erklärt.

Fernlastzug mit 8 Millionen Zigaretten verunglückt.

× **Castrop-Rauxel, 10. April.**

Ein Fernlastzug einer Zigarettenfirma aus Dresden, der sich mit rund 8 Millionen Zigaretten auf der Fahrt ins Ruhrgebiet und nach Köln befand, verunglückte Samstag vormittag gegen 9 Uhr auf der Gertherstraße im Stadtteil Merklinde kurz vor der Stadtgrenze Castrop-Rauxel-Bochum. Der Fernlastzug wollte einen in gleicher Richtung fahrenden Lastwagen der Dortmunder Ritterbrauerei überholen. Beim Ueberholen geriet der Anhänger des Hamburger Fernlastzuges auf dem nassen Asphalt ins Rutschen und stürzte in den Straßengraben hinab. Transportführer und Begleiter des Lastzuges kamen mit dem Schrecken davon. Um den Anhänger wieder auf die Straße zu bringen, mußte der gesamte Frachtinhalt — etwa 3,6 Millionen Zigaretten — umgeladen werden auf einen in der Zwischenzeit herbeigerufenen zweiten Fernlastzug. Erst nach 17stündigem Aufenthalt konnte der verunglückte Fernlastzug in der Nacht zum Sonntag gegen 2 Uhr seine Fahrt fortsetzen.

Die Voruntersuchung gegen Oberbürgermeister Dr. Raabe eröffnet.

w **Hagen, 9. April.**

Der Pressedezernent des Landgerichts Hagen teilt mit: Nach Mitteilung des Herrn Oberstaatsanwalts ist gegen den zur Zeit beurlaubten Oberbürgermeister Dr. Raabe seitens der Staatsanwaltschaft wegen Vergehens gegen § 312 des HGB Antrag auf Voruntersuchung gestellt und Erlaß des Haftbefehls beantragt. Es handelt sich um Unregelmäßigkeiten bei dem Kommunalen Elektrizitätswerk Mark. Der Untersuchungsrichter teilt hierzu mit, daß die Voruntersuchung antragsgemäß eröffnet und der Haftbefehl erlassen sei. Ob Dr. Raabe aus den ihm zur Last gelegten Vergehen persönliche Vorteile gezogen habe, könne sich erst aus der Voruntersuchung ergeben.

„Ausgemeindung nur auf Antrag."

Die Ausgemeindungs-Propaganda breitet sich aus, und wenn die nachfolgende Information in dieser Form richtig und von allgemeiner Gültigkeit ist, dann darf man sich immerhin wieder auf etwas gefaßt machen. Denn die meisten Eingemeindungen sind damals „gegen ihren Willen", gegen den Willen von Verwaltung und Bevölkerung erfolgt, was indes nicht in jedem Falle für die Unrichtigkeit der getroffenen Maßnahme spricht. Heute verzeichnen wir folgende Meldungen:

o **Oberhausen, 9. April.** Wie berichtet wird, wird der Ausschuß zur Wiedererlangung der Selbständigkeit Sterkrades sich in den nächsten Tagen gemeinsam mit den Osterfelder Interessenten unmittelbar an die Reichsregierung wenden und die Rückgemeindung fordern. Gegenwärtig wird eine Denkschrift ausgearbeitet, in der diese Forderung begründet wird. Sie soll der Regierung übermittelt werden. Der Ausschuß hat dieser Tage kleine Plakate anfertigen lassen: „Sterkrade verlangt Wiedergutmachung begangenen Unrechtes und fordert Loslösung von Oberhausen." Diese Plakate wurden an den Schaufenstern der Geschäfte ausgehängt.

× **Ohligs, 9. April.** Der nationalsozialistische Stadtverordnete Berkenhoff, der bezüglich der Rückgemeindung von Ohligs in Berlin war, hat von dem zuständigen Ministerialrat folgenden Bescheid bekommen: Die Ausgemeindung wird nur auf Antrag der betreffenden Städte (der alten Städte?) betrieben. Allerdings kommt eine Ausgemeindung nur für diejenigen Städte in Frage, die zunächst gegen ihren Willen eingemeindet wurden und bereits 1929 Einspruch erhoben haben (darunter befindet sich auch Ohligs). Das Staatsministerium ist bereit, den 1929 zugefügten Schaden und das Unrecht wieder gutzumachen. Um den entscheidenden Willen der Bevölkerung festzustellen, ist eine Volksbefragung in Ohligs in Aussicht genommen.

Keine Essener-Duisburger Theatergemeinschaft.

÷ **Essen, 9. April.**

Wie von zuständiger Seite berichtet wird, wird die beabsichtigte Theatergemeinschaft zwischen Essen und Duisburg nicht zur Wirklichkeit werden. Entscheidend hierfür ist die Tatsache, daß die für die Fusion genannten Beträge sich bedeutend erhöhen würden und dieses in stärkstem Widerspruch mit den Anordnungen der Reichsregierung, auch auf den Gebieten des Theaters jedmögliche Einsparung vorzunehmen, stehe. Weiter war mitbestimmend, das bodenständige Theater für die Stadt Essen zu erhalten. Die Essener Bühnen werden nun ohne Fusion und mit eventuellen kleinen städtischen Zuschüssen weiter arbeiten. Im Zuge der Einsparungen ist dann noch vorgesehen, den Posten des städtischen Musikdirektors mit dem des Operndirektors zu verbinden.

Dr. Reismann bleibt in Essen.

CNB **Essen, 9. April.**

Wie das Presseamt der Stadt Essen mitteilt, ist die Mitteilung, daß Dr. Reismann-Crone als Kommissar im Bereich des Kulturministeriums zur Verfügung des Kultusministers ernannt sei, durch die inzwischen erfolgte Ernennung zum kommissarischen Oberbürgermeister der Stadt Essen hinfällig geworden, da Dr. Reismann-Crone wohl nicht in der Lage sei, noch ein weiteres Amt zu übernehmen.

Landrat van Endert beurlaubt.

= **Mörs, 9. April.**

Auf Grund eines Berichts des Kreisleiters der NSDAP, Landtagsabgeordneten Vollmann, über die bei der Moerser Kreisverwaltung vorgenommenen Untersuchungen wurde Landrat van Endert vom Regierungspräsidenten mit sofortiger Wirkung beurlaubt. Maßgebend für diesen Beschluß soll vor allem die „großzügige" Ausgabenwirtschaft des Kreises während der letzten Jahre sein, an der auch der gesamte bisherige Kreisausschuß nicht ganz unschuldig sein soll. — Weiter wird mitgeteilt: Landrat van Endert hat beim Regierungspräsidenten mit der Begründung, daß die Vorgänge der letzten beiden Wochen ihn zu der Ueberzeugung gebracht hätten, daß ein ersprießliches Arbeiten in seinem bisherigen Wirkungskreis nicht mehr gewährleistet sei, seine Versetzung in ein anderes Staatsamt beantragt und gleichzeitig um einen Erholungsurlaub gebeten. Der Regierungspräsident wird das Versetzungsgesuch dem Minister zur Entscheidung vorlegen. Landrat van Endert, der seit einer Reihe von Jahren dem Zentrum angehört, ist am ganzen Niederrhein als ein tatkräftiger, energischer Mann bekannt. Er hat seinen großen Kreis im Eingemeindungskampf, von Duisburg bedroht, tapfer verteidigt und ihn unversehrt erhalten können. Der Kreis, in dem sowohl Industrie wie Landwirtschaft eine bedeutende Rolle spielen, brachte vielseitige Aufgaben mit sich, für deren Bewältigung man bisher in Landrat van Endert immer den richtigen Führer gesehen hatte.

Drei SA-Leute niedergeschossen.

:: **Düsseldorf, 8. April.**

Drei SA.-Leute, die dem Motorsturm angehören, wurden heute nacht von einem Passanten angepöbelt. Als sie sich die Beleidigungen verbaten, zog der Zivilist einen Revolver und gab fünf Schüsse ab. Die SA-Männer Ulbrich und Stollenwerk wurden durch Bauchschüsse lebensgefährlich verletzt. Der Scharführer Paschen erhielt einen Lungensteckschuß. Der Täter konnte flüchten. Aus seinen Redensarten war zu entnehmen, daß es sich um einen Kommunisten handelt.

Eine Erklärung der Kölnischen Volkszeitung.

Köln, 8. April.

Die „Kölnische Volkszeitung" veröffentlicht folgende Erklärung „in eigener Sache":

„Der Vorstand der Kölner Görreshaus A. G. hat beschlossen, am Montag, 10. April, den Antrag auf Eröffnung des Liquidationsvergleichsverfahrens zu stellen. Zugleich sind die Vorstandsmitglieder Generalkonsul Heinrich Maus und Konsul Jul. Stocky von ihren Aemtern im Vorstande zurückgetreten. Der Verlag der „Kölnischen Volkszeitung" wird unter neuer Leitung auf eine andere wirtschaftliche Grundlage gestellt werden. Die kulturelle Grundhaltung der Zeitung und ihre politische Richtung erfahren keine Aenderung."

Rücktrittsbeschluß des Präsidiums der Kölner Handelskammer.

— **Köln, 8. April.**

Wie die Kölner Industrie- und Handelskammer mitteilt, fand heute mittag unter dem Vorsitz des Regierungsvizepräsidenten in Köln eine Besprechung zwischen dem Präsidium der Kammer und Vertretern der NSDAP statt. Das Ergebnis war Uebereinstimmung darüber, daß das Kammerpräsidium in einer auf Montag, den 10. April, anzuberaumenden Plenarsitzung den Mitgliedern geschlossen Amtsniederlegung empfiehlt und das zuständige Ministerium bis zur Neuwahl und Bildung eines Präsidiums ein vorläufiges Präsidium ernennt, das nach den vereinbarten Vorschlägen aus 1. Frhr. K. von Schroeder, 2. Franz Proenen, 3. Dr. Arnold Langen, 4. Dr. h. c. Jak von Norden besteht, und daß einige Vertrauensleute der NSDAP zur Mitarbeit zugeordnet werden.

Vorstandsmitglieder der Kreissparkasse Neuwied verhaftet.

tu **Neuwied, 9. April.**

Nachdem bereits am Freitag der Direktor der Kreissparkasse Neuwied wegen fortgesetzter Untreue zugunsten befreundeter Firmen in Untersuchungshaft genommen worden war, wurden am Sonntag morgen die drei Zentrumsmitglieder des Sparkassenvorstandes, Reichstagsabgeordneter Eduard Verhülsdonk-Neuwied, Generaldirektor Niemax aus Engers und Fabrikant Buse-Unkel in Schutzhaft genommen. Den Verhafteten wird vorgeworfen, satzungswidrig außerordentlich hohe Kredite ohne Sicherheit an solche Firmen gegeben zu haben, die ihnen politisch oder wirtschaftlich nahestanden.

★

TU **Bochum, 9. April. In der ersten Sitzung** der neuen Stadtverordnetenparlamente von Bottrop und Gladbeck wurde beschlossen, Reichspräsident von Hindenburg und Reichskanzler Adolf Hitler das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. Auch die Bochumer Stadtverordnetenversammlung ernannte Reichskanzler Adolf Hitler zum Ehrenbürger der Stadt. Reichspräsident von Hindenburg besitzt bereits seit dem Jahre 1917 das Ehrenbürgerrecht von Bochum.

◇ **Bochum, 9. April. Verhaftet.** In Bochum wurde ein kommunistischer Funktionär aus Westerholt, der sich hier verborgen hielt, festgenommen. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurden festgenommen: in Herne vier Personen, in Castrop-Rauxel drei Personen und in Bochum wegen Betätigung als Funktionär bei der KPD. drei Personen. Bei einer der letzteren wurden Kampffondsmarken, Werbekarten der KPD. und eine Fahne dieser Partei beschlagnahmt.

Aus Münster und dem Münsterland.

Verlegung der Landjägerei-Inspektion II von Coesfeld nach Münster.

(Amtl.) **Münster, 8. April.**

Bekanntlich ist die Landjägerei des Regierungsbezirks Münster in zwei Inspektionsbezirken zusammengefaßt. Zum Inspektionsbezirk I gehörten bisher die Landkreise Münster, Beckum, Tecklenburg und Warendorf, zum Inspektionsbezirk II die Landkreise Ahaus, Steinfurt, Borken, Coesfeld, Lüdinghausen und Recklinghausen. Die Landjägerei-Inspektion I hat ihren Sitz in Münster; mit der Wahrnehmung der Stelle ist der Oberaufsichtsbeamte der Landjägerei des Regierungsbezirks, Landjägermajor Müller, der Fachberater und Sachbearbeiter des Regierungspräsidenten in Landjägereiangelegenheiten, betraut. Die Inspektion II hatte bisher ihren Sitz in Coesfeld. Inspektionsoffizier war der Landjägerhauptmann Barfels, der Anfang März von Coesfeld nach Celle versetzt worden ist. Es hat sich nunmehr als zweckmäßig erwiesen, die Landjägerei-Inspektion II von Coesfeld nach Münster zu verlegen. Durch diese Verlegung konnte die Einteilung der Inspektionsbezirke zweckmäßiger abgegrenzt werden, und zwar durch den Austausch der Kreise Beckum und Steinfurt. Beckum gehört fortan zu dem Inspektionsbezirk II, Steinfurt zum Inspektionsbezirk I. Damit ist erreicht, daß die gesamte Lippe-Linie (Zechenrandgebiet) der einheitlichen Führung des Inspektionsoffiziers der Landjägerei-Inspektion II untersteht, während bei der bisherigen Regelung die Lippe-Linie durch die Inspektionsgrenze getrennt war. Durch die Verlegung der Inspektionsstelle II nach Münster werden außerdem der Staatskasse erhebliche Kosten erspart. Ueber die Neubesetzung der Landjägerei-Inspektion II ist bislang noch keine Entscheidung getroffen.

★

× **Münster, 9. April. Der Untersuchungsausschuß bei der Stadt Münster,** den der Regierungspräsident einberufen hatte, ist am Samstag morgen aufgeflogen, da die nationalsozialistischen Mitglieder sich weigerten, unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters zu tagen. Die Mitglieder der NSDAP. stehen auf dem Standpunkt, daß die Untersuchung sich auch gegen den Oberbürgermeister selbst erstrecken müßte. Die Angelegenheit ist dem Regierungspräsidenten zur weiteren Erledigung überwiesen.

÷ **Münster, 9. April. Preußische Baukunst in Westfalen in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.** In Anlehnung an die kürzlich in Berlin von der Preußischen Staatshochbauverwaltung veranstalteten Ausstellung „Preußische Baukunst der Zeit vor und nach Schinkel" veranstaltet die dem Regierungspräsidenten in Münster unterstellte Staatshochbauverwaltung unter Führung des Oberregierungs- und -baurats Borchers mit freundlicher Unterstützung des Westfälischen Landesmuseums und des Provinzial-Konservators in der Zeit vom 17. April bis 1. Mai 1933 einschließlich im Landesmuseum in Münster eine Ausstellung von Original-Entwürfen der Preußischen Hochbauverwaltung aus der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Es ist anzunehmen, daß die Ausstellung in weiten Kreisen Beachtung findet.

⅞ **Münster, 9. April. Lateinnachweis für die Zulassung zur Apothekerlaufbahn.** Die Regierungspressestelle teilt mit: Der ständig wachsende Andrang zur Apothekerlaufbahn und die große Zahl von Bewerbern, die infolge Ueberfüllung als Apothekerpraktikanten nicht eingestellt werden können, obwohl sie alle Voraussetzungen hierfür erfüllen, läßt es gerechtfertigt erscheinen, vom Frühjahr 1933 ab nur solche Abiturienten (-innen) als Apothekerpraktikanten zuzulassen, die alle Bedingungen der Prüfungsordnung für Apotheker erfüllen, also auch die vorgeschriebenen Lateinkenntnisse nachweisen können. Soweit ihnen bereits für den Eintritt in die Apothekerlaufbahn zum Frühjahr 1933 eine Ausnahmebewilligung erteilt worden ist, ist sie aufzuheben. Künftig ist der Lateinnachweis von jedem Bewerber vor Eintritt in die Apothekerlaufbahn zu verlangen. Eine Ausnahme kann grundsätzlich nicht mehr gestattet werden.

※ **Tecklenburg, 9. April. Der Kreistag,** der sich am Freitag vertagen mußte, weil die Mitglieder der NSDAP. sich weigerten, mit dem Kreistagsabgeordneten Schmidt (Lengerich) zusammen zu tagen, wurde am Samstag morgen erneut eröffnet. Die Tagung konnte durchgeführt werden, da Herr Schmidt dieses Mal nicht erschienen war und zwei andere sozialdemokratische Kreistagsabgeordnete vorher verhaftet worden waren. — Die Wahlvorschläge wurden gemeinsam eingereicht vom Zentrum, NSDAP. und Schwarz-Weiß-Rot. Dem Kreisausschuß gehören an 3 Mitglieder der NSDAP., 2 Mitglieder der Zentrumspartei und ein Vertreter der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot.

Geschäftliches.

Opel-Karawane in Münster.

Trotz der schweren Krise und der ungeheuren Belastungen durch Steuern und Zölle führt die Automobilindustrie den Großkampf um Absatz und Weltgeltung mit zäher Entschlossenheit durch. Besonders die Opel-Werke bemühen sich erfolgreich, das Frühjahrsgeschäft zu beleben. Die durch Deutschland fahrende Opel-Karawane mit gen verschiedensten neuesten Modellen der Firma Adam Opel A.-G., Rüsselsheim, trifft Dienstag, den 11. d. M., nachmittags 15 Uhr, in Münster ein und nimmt Aufstellung auf dem Domplatz. Den automobilinteressierten Kreisen ist hier Gelegenheit geboten, sich über die neuesten Opel-Konstruktionen zu unterrichten. Kein Autofreund sollte versäumen, die Opel-Fabrikate am Dienstag nachmittag, den 11. April, zu besichtigen.

Verantwortlich für die Redaktion: F. W. Schultze in Dortmund.
Druck: Zeno G. m. b. H. in Münster.

Gefährliche Autodiebesbande dingfest gemacht.

◇ **Dortmund, 10. April.**

In der letzten Zeit wurden in Dortmund eine Anzahl Personenautos gestohlen, ohne daß die Täter ausfindig gemacht werden konnten. Am Abend des 30. März fuhr in Essen der Hanomag IX 45 213 in den Straßengraben und wurde schwer beschädigt. Die Insassen flüchteten und entkamen unerkannt. Die von der Kriminalpolizei aufgenommenen Ermittelungen ergaben, daß dieses Auto in Dortmund einem Direktor aus der Hohenzollernstraße gestohlen worden war. Die Beamten des Dortmunder Autodiebstahl-Kommissariats setzten nunmehr alle Hebel in Bewegung, um den Dieben auf die Spur zu kommen. Am Donnerstag waren die Ermittlungen soweit gediehen, daß zunächst drei Männer festgenommen werden konnten. Es handelt sich um einen Alwin B., einen Georg W., die beide in der Kaupestraße wohnen, und um den Autoschlosser Friedrich M. aus der Heiligegartenstraße in Dortmund. Diese drei gehören zu einer Autodiebesbande, die insgesamt aus 7 Personen besteht. Die Haupttäter und eine beteiligte Frau konnten sich dem Zugriff der Polizei entziehen; es sind dies ein Gustav Hohendorf gen. „Knatterfred" ein Heinz Becker gen. „Bubi", ein Oskar Schaart und die Elfriede Breusing. Knatterfred, Bubi und Oskar Schaart hatten mit dem in Essen verunglückten Auto eine längere Diebesfahrt unternommen. Die Tour ging von Dortmund nach Driburg, Höxter, Hannover, Bad Lauterberg im Harz, danach wurde das Eisenriede-Rennen in Hannover besucht, dann ging es weiter nach Heidelberg, Stuttgart, Ulm, Kannstadt, Konstanz am Bodensee und zurück über Karlsruhe, Frankfurt am Main nach Essen, wo das Unglück mit dem Wagen passierte.

Insgesamt haben die Diebe mit dem gestohlenen Hanomag 4500 km zurückgelegt. Unterwegs haben sie andere Autos beraubt und auch Einbrüche in Garagen usw. ausgeführt. Ein Teil ihrer Beute wurde in dem verunglückten Auto in Essen noch gefunden und sichergestellt. Der Anführer der Bande ist „Knatterfred". Knatterfred, Bubi und Oskar Schaart bezeichneten sich auf verschiedenen Ansichtskarten, die sie von ihrer Diebestour geschrieben, als „Die drei von der Tankstelle". Bei dem Autounglück in Essen erlitt Knatterfred eine Schnittwunde am Unterarm und Handballen, Bubi eine große Schnittwunde vom rechten Auge zur Nasenwurzel. Knatterfred, Bubi und Elfriede befinden sich zur Zeit wieder mit einem gestohlenen Personenauto auf der Diebesfahrt. Sie haben vor, West- und Süddeutschland zu bereisen, um dann in die Schweiz zu gelangen. Obwohl der Bande bereits eine größere Anzahl Einbrüche und Diebstähle nachgewiesen werden konnte, lassen die weiteren Ermittlungen erkennen, daß das Konto der Bande sich noch sehr erhöhen wird. Es handelt sich durchweg um Burschen im Alter von 20 bis 25 Jahren, die der Kriminalpolizei bereits vorher viel Arbeit gemacht haben. Inzwischen sind auch, wie schon berichtet, „Knatterfred" und „Bubi" in Frankfurt a. M. verhaftet worden.

Bei der Fahndung nach den noch flüchtigen Tätern bittet die Kriminalpolizei die Bevölkerung um Mithilfe. Sachdienliche Angaben, die auf Wunsch geheim gehalten werden, nimmt das 3b Kommissariat im Polizeipräsidium Dortmund, Adolf Hitler-Allee 1, Zimmer 117, entgegen. Auch an jede andere Polizei- oder Landjägereidienststelle können Angaben gerichtet werden.

Weiter wird berichtet: Nunmehr konnten auch Samstag vormittag die noch flüchtigen Oskar Schaart und Elfriede Breusing festgenommen werden, so daß sich die Kette geschlossen hat und die Diebesbande unschädlich gemacht ist. Die Kriminalpolizei ist damit beschäftigt, die verübten Straftaten der Festgenommenen näher zu klären.

1½-To.
Ford-Lieferwagen
fahrbereit u. versteuert, mit 2 Ersatzreifen, sofort preiswert zu verkaufen.
Temmelmann, Herbest-Dorsten, Dorstener Straße. Ruf 2023.

8 Jahre Lungenkatarrh
beide Lungen u. Kehlkopf, 2 J. lang bettlägerig, Stimme verl. 14 Tage nach Beginn einer Kur im Hause konnte ich schon tägl. 2 Stund. ausgeh. Seitd. bess. sich d. Zust. zuseh. Kann auch wied. sprech. Geg. Rückp. gebe ich Ausk. Das Mittel darf nur in Apoth. verk. werden.
Wilh. Hederer, München 167, Herbststr. 17 b. (1238

Weidevieh
gegen Diebstahl, sowie alle Krankheiten usw. zu versichern, ist am billigsten bei
W. Klack,
General-Agentur,
Münster, Heistr. 15
J. V.: Rindvieh gegen Diebstahl u. abschlachten pro Stck. ca. 50—80 Mk. Feste Prämien. 1931 entschädigt 5258 Tiere. Ausk. u. Formulare erhalten Sie kostenlos u. unverbindlich. Tüchtige Mitarbeiter allerorts gesucht.

Nichtraucher
Garantie in 3 Tagen Auskunft kostenlos!
Hauptpost — Schließfach 293
Halle (Saale) 31 A.

DIE OPEL KARAWANE kommt!
Sie zeigt eine Auswahl der interessantesten OPEL- und BLITZ-Modelle 1933. Wir erwarten Sie zur Besichtigung und unverbindl. Probefahrt.
Parkplatz: Münster i. W., Domplatz.
Parkzeit: Dienstag, den 11. April 1933 15 Uhr nachmittags.

Fritz Kiffe, Münster i. W.



Rassol hilft **edem Schweine**
rasch wieder auf die Beine, macht's fett u. kugelrund, erhält es kerngesund. Man kaufe nur das echte Apotheker-Hersichs-Rassol. 1 Orig.-Fl. Mk 1.50 Calc. nativ. Pho Satz Vitam. D. Lebertr. Emuls. in Apotheken u. Drogerien. Allein. Hersteller: Rassol-Werke, Gießen. (111

Angebote
Suche zum 1. Mai ein 15jähriges ehrl. kath.
Mädchen
welches kinderlieb ist, mit Familienanschluß. Off. unt. 247 an das Bürgerbl., Emmerich/Rh.

Suche für nach Ostern jungen, soliden
Bäckergehilfen
dem Gelegenheit geb. ist sich in der Konditorei z. vervollkomm. daselbst ist für Sohn achtb. Eltern eine
Lehrstelle frei.
Karl Kochen, Herbest-Dorsten. Telephon 2631.

Gesuche
Junges kath.
Mädchen
vom Lande, 23 Jahre, sucht zum 1. Mai
Stellung
für Küche u. Haushalt. Nähkenntnisse. Gute Zeugnisse vorh. Näh. bei Küster **Heinrich Lütkebohmert, Gr.-Reken.** Dorf 157

Sohn achtbar. Eltern sucht Stelle als
Kaufmanns-Lehrling
oder ähnl. Selb. ist 19 J. u. hat d. Handelsschule absolviert. Off. unt. 8874 an das Bocholter Volksblatt erbeten, oder Näheres dort zu erfragen.

Stadt Bocholt.

Montag, den 10. April.

Verscheuchte Dieb.

§ Dieb stiegen auf der Münsterstraße in der Zeit, als der Hauseigentümer die Gesangprobe besuchte, von außen in die oberen Räume ein. Auf die Hilferufe der Hausangestellten die allein im Hause war und die Diebe bemerkte, eilten Nachbarsleute herbei, worauf die Diebe schleunigst das Weite suchten; sie konnten unerkannt entkommen.

Unwahres Gerücht.

§ In der Stadt kursiert seit einigen Tagen das Gerücht, die Täter, die kürzlich die nächtlichen Uebergriffe verübt haben, seien bereits in Hamm abgeurteilt und zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt worden. Wie uns von zuständiger Stelle auf Anfrage mitgeteilt wird, trifft das Gerücht nicht zu. Ueberhaupt ist das Ermittlungsverfahren gegen die Täter noch nicht abgeschlossen.

Kolpingsföhne werden aufgenommen.

b. Gestern mittag wurden dem Gesellenverein die Neumitglieder feierlich zugeführt. Mitglieder und Ehrenmitglieder waren zahlreich der Einladung gefolgt. Den Willkommensgruß entbot der Senior. Die stets rührige Gesangabteilung trug den „Handwerkergruß" vor. Die Neumitglieder wurden namentlich aufgerufen und nahmen links und rechts der Kolpingsbüste Platz. Der Präses, Kaplan Thoneick, nahm den jungen Kolpingsföhnen das Treueversprechen ab. Mit der rechten Hand auf dem Kolpingsbanner gelobten die Neuaufgenommenen treue Pflichterfüllung und Liebe zum Kolpingswerk. Die letzte Strophe des Kolpingsliedes beschloß diesen feierlichen Akt. Die Gesangabteilung sang dann das „Handwerkerlied". Nach einigen mahnenden Worten des Präses, im gegenwärtigen Augenblick besonders treu zum Werke Adolf Kolpings zu stehen, und einem Appell an die Kolpingsfamilie, sich restlos und geschlossen an der in Kürze stattfindenden hl. Mission zu beteiligen, wurde die Feier mit dem Bannerlied geschlossen. Treu Kolping!

Ein seltsamer Wandersmann.

Werbung für den Schwarzwald.

In diesen Tagen zieht, von Emmerich — Cleve kommend, ein seltsamer Wandersmann durch unsere Stadt. Ein Herr Eduard Haas aus Wolfach im badischen Schwarzwald ist auf einer Reise durch einen Teil des europäischen Kontinents (Deutschland, die Niederlande, Dänemark, England, Schweden) begriffen, um für seine schöne Schwarzwaldheimat zu werben. Der humorvolle 64jährige, der die schmucke Schwarzwälder Bauerntracht trägt, ist bereits seit dem 28. Juli vorigen Jahres mit einem 6½ Zentner schweren Werbewagen, der mit Werbekarten und Werbetexten umhängt ist, unterwegs. Auf dem Wagen steht ein kleines Schwarzwälder Bauernhaus, das der Wanderer selbst angefertigt hat. Der Wagen trägt außerdem kleine frische Schwarzwaldtannen, die ihm immer wieder aus der Heimat nachgesandt werden. Seinen Lebensunterhalt fristet der alte Herr mit dem Verkauf von Ansichtskarten und selbstverfaßten Gedichten auf seine schöne Heimat. Wir wünschen dem Wanderer auf seiner Werbereise alles Gute und daß ihm sein froher Mut erhalten bleibe.

Belebung in der Baumwollweberei.

Zuversicht für die Zukunft.

e. Der Gesamtverband Deutscher Baumwollwebereien E. V., Berlin, berichtet:

In zahlreichen Zweigen der Baumwollweberei kann eine ganz wesentliche Besserung des Geschäfts im Monat März festgestellt werden. Da die Auftragserteilung in den ersten beiden Monaten des Jahres infolge der Unklarheit und Unsicherheit der damaligen politischen und wirtschaftlichen Lage sehr zurückhaltend erfolgte, so handelt es sich bei den im März erfolgten Aufträgen im wesentlichen um Nachbestellungen. Es steht jedenfalls fest, daß die politische Umwälzung eine Festigung des Vertrauens und damit in weiten Kreisen eine günstigere Beurteilung der wirtschaftlichen Aussichten brachte. Verstärkt wird die Tendenz zu größerer Auftragserteilung noch durch die jetzt eintretende Saisonbelebung; hieraus erklärt sich besonders die verstärkte Nachfrage nach modisch orientierten Waren. Aber auch erhebliche Rohgewebeaufträge wurden vergeben und sogar für Lieferungen in späteren Monaten, was seit der Inflation nicht mehr geschehen ist. Nach welcher Richtung hin diese auffallende Erscheinung zu erwarten ist, steht noch nicht fest. Es ist zu vermuten, daß man im allgemeinen die Periode der Währungsentwertungen als beendet und die Sicherheit des Dollars als feststehend betrachtet und infolgedessen damit rechnet, daß die unter Herstellungskosten bewerteten Rohstoffe und Fabrikate im Preise steigen. Das stoßweise Einsetzen des Bedarfs infolge Fehlens von Vorräten bei Groß- und Einzelhandel hat sich im Monat März bei den Bestellungen für Fahnenstoffe und Gewebe für Uniformen besonders bemerkbar gemacht. Die Notwendigkeit, der völligen Zerrüttung der Preise und Verkaufsbedingungen vorzubeugen, erweist sich von Tag zu Tag stärker, zumal immer noch das Angebot die Nachfrage übersteigt. Immerhin kann man von einer anziehenden Tendenz der Preise sprechen. Die ausländische Konkurrenz bleibt nach wie vor aufmerksam im deutschen Markt und versucht unter dem Druck der schlechten Absatzverhältnisse im eigenen Land, ihre Position im deutschen Markt zu erweitern. Dagegen verbleibt die Exportlage für Deutschland nach wie vor ungünstig.

Die Zukunftsaussichten werden in der Baumwollweberei allgemein zuversichtlicher betrachtet. Man hofft, daß die Frühjahrstendenzen in Verbindung mit der zumindest vorläufig wirkenden Arbeitsbeschaffung und dem wiederkehrenden Vertrauen zu einer anhaltenden Geschäftsbelebung führen.

Die Feuerwehr rückte aus.

§ Gestern abend gegen 9,30 Uhr entstand in einem Gehölz an der Hemdener Chaussee in der Nähe der Kreuzkapelle ein Brand. Die Bocholter Freiwillige Feuerwehr wurde alarmiert. Sie brauchte jedoch nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da benachbarte Landwirte das Feuer bereits gelöscht haben.

Die Standesarbeit des G. D. A.

In der letzten Monatsversammlung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, Ortsgruppe Bocholt, sprach der Bezirksführer der münsterländischen GDA.-Jugend über die berufsständische Zielsetzung der GDA.-Arbeit. Der Redner betonte, es sei zu begrüßen, wenn heute nicht nur von der Regierung, sondern auch in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung der Wunsch laut werde, die Gewerkschaften zu entpolitisieren! Das sei die Forderung des GDA. schon seit seinem Gründungstage im Jahre 1920 gewesen. Berufsständische Verbandsarbeit müsse unabhängig bleiben von parteipolitischen Einflüssen. Einen Stand wie ihn die 4 Millionen deutschen Angestellten darstellen, könne man nicht zerreißen in Gruppen und kleinste Grüppchen. Das gemeinsame Lebensschicksal der deutschen Angestellten bedinge auch einem gemeinsamen Zusammenschluß, also Einheit des Standes. und dann weiterhin Einordnung dieses geeigneten Standes in die deutsche Volksgemeinschaft. Nur so könne eine ersprießliche Standesvertretung für die Deutsche Angestelltenschaft möglich werden. Der GDA. bekannte sich weiterhin in einer Zeit, wo Deutschland stark sozialistisch war und schwer zu kämpfen hatte mit den bolschewistischen Unruhen, zur deutschen Volksgemeinschaft, zum deutschen Vaterland! Im Jahre 1919 schon schrieb er in seinen Bundes- und Jugendbundzeitungen „Das Vaterland darf uns nicht verloren gehen"! Dies sind Tatsachen, die dokumentarisch erwiesen und erhärtet werden können. Gerade der Gewerschaftsbund der Angestellten sei auf grund seiner überparteilichen und konfessionell-, nicht aber christlich-neutralen Einstellung stolz darauf, daß er heute zu denjenigen gehöre, die nicht aufgrund der veränderten Verhältnisse in Deutschland auf einmal schon immer für die Erneuerung des Reiches und des nationalen Gedankens gewesen sind. Klar und eindeutig habe der GDA. in diesen 12 Jahren seine Richtung innegehalten. Seine Arbeit sei auch heute noch Dienst am Volk, am deutschen Arbeitnehmer und damit auch am deutschen Vaterlande. Er werde dieses Ziel auch weiter verfolgen mit gleicher Stärke und zäher Energie. — Der Vorsitzende, Herr Schafaff, dankte dem Redner, dem von allen Anwesenden reicher Beifall gespendet wurde, in warmen Worten.

Ein Einundneunzigjähriger.

!! Der älteste Einwohner des ganzen Amtsbezirks Rhede, Herr Bernhard Schüling, ist nun 91 Jahre alt. Wohl niemals hätten seine Eltern geglaubt, daß er noch dieses hohe Alter erreichen würde, da er in seiner Jugend von zarter Gesundheit war. Er entstammt aus einem seit Jahrhunderten hier ansässigen Geschlecht und war der älteste von drei Söhnen. Auf das Erbe des großen Hofes hat er zu Gunsten des zweitältesten Bruders verzichtet, da er keine Neigung zum Heiraten zeigte. Sein Bruder Wilhelm, ein Hüne von Gestalt, 1,86 Meter groß, starb im hohen Alter von 81 Jahren. Sein jüngster Bruder Josef, ebenfalls heute noch eine große stattliche Erscheinung, ist 79 Jahre alt.



Bernhard Schüling aus Vardingholt.

Dieser ist Mitglied des Kreisausschusses und der Landwirtschaftskammer. Im Kriegerverein, dessen Ehrenvorsitzender er ist, hat er lange Jahre das Amt des Oberst bekleidet. Es war immer ein schöner Anblick, wenn er und sein Bruder Wilhelm, der Adjutant war, hoch zu Roß an der Spitze des Vereins ritten. Unser Jubilar Bernhard Schüling hat den Soldatenrock nicht getragen. Er ist auch nicht so groß wie seine beiden Brüder. Die Fülle der Jahre und ein arbeitsreiches Leben haben seinen Körper gebeugt. Geistig ist er jedoch noch sehr rüstig und weiß manches aus der guten alten Zeit zu erzählen. Wir wünschen dem Jubilar und auch seinem hochbetagten Bruder weiterhin einen sonnigen Lebensabend.

Ehemalige Krieger tagten.

Generalversammlung des Kriegervereins ehem. Angehöriger des 16. A.-K.

g. Bocholt, 10. April.

Der nationale Gedanke, der augenblicklich wieder mehr und mehr in den Vordergrund des öffentlichen Lebens tritt, hat besonders auch in den Kriegervereinen einen starken Widerhall gefunden. Das spürte man deutlich bei der am gestrigen Sonntag im Vereinslokal St. Paulus stattgefundenen gut besuchten Generalversammlung des Kriegervereins ehemaliger Angehöriger des 16. Armeekorps. Nach einer kurzen Eröffnungsansprache und Begrüßung der anwesenden Kameraden durch den Vorsitzenden, Kameraden Heinrich Fölting, gab letzterer die Tagesordnung bekannt, die dank der Einmütigkeit im kameradschaftlichen Geiste ihre Erledigung fand.

Aus dem Jahresbericht,

der vom Schriftführer, Kameraden Hermann van den Berg, zur Verlesung gebracht wurde, ist zu entnehmen, daß innerhalb des Vereins rege Tätigkeit herrscht. So wurden im verflossenen Jahre 10 Monatsversammlungen und 10 Vorstandssitzungen abgehalten. An dem Kriegerfest, das am 19. Juli v. J. in althergebrachter Weise gefeiert wurde, nahmen auch die Kameraden des 16. A. K. geschlossen mit Tambourkorps und Musikkapelle teil. Der augenblickliche Mitgliederbestand beträgt 86 Kameraden; neu aufgenomen wurden 4 Mitglieder. Der vor einiger Zeit mit dem Trommlerkorps abgeschlossene Vertrag wurde im beiderseitigen Einvernehmen getätigt.

Der vom Kassierer, Kamerad Pöpping, gegebene

Kassenbericht

ließ erkennen, daß der Verein auch in finanzieller Beziehung einen guten Rückhalt hat, was von dem Kassenrevisor, Kamerad Beckmann, lobend anerkannt wurde. Die erbetene Entlastung des bewährent Kassierers wurde nach einem Dankeswort des Vorsitzenden genehmigt. — Die hierauf vorgenommene

Vorstandswahl

hatte folgendes Ergebnis: Als 2. Vorsitzender wurde Kamerad Polizeikommissar John und als 1. Kassierer Kamerad Pöpping einstimmig wiedergewählt. Als Beisitzer wurden wieder- bezw. neugewählt: die Kameraden Heinrich Heving, Bernhard Hülsken, Heinrich Heisterkamp, Bernhard Elsemann und Wilhelm Hünting. Bei der Offizierswahl wurden der bewährte Oberst, Kamerad Karl Rumswinkel, und als Adjutant Kamerad Bernhard Hüing wiedergewählt. Als weitere Offiziere wurden die Kameraden Bernhard Hüls als Hauptmann und Anton Kleinkes als Leutnant bestimmt und als Feldwebel Kamerad Bernhard Schaffeld. Den Posten als Fahnenoffiziere übernehmen die Kameraden Johann Potthoff, Bernhard Siemkes und Johann Strölein, Ersatzmann Wilhelm Mensing. Ferner wurden noch als Kassenrevisoren die Kameraden Alois Beckmann und Anton Rexing, als Ersatz-Gerätewart Bernhard Hüing und als Delegierte zum Stadtkreiskriegerverband die Kameraden Heinrich Hogenkamp und Karl Rumswinkel gewählt.

Unter „Verschiedenes" wurde noch beschlossen, als Eintrittsgeld für die Hauptkasse und für die Sterbekasse je 1,— ℳ zu erheben. Aufgenommen wird jeder, der für die hehren und schönen Ideale der Kriegervereine Interesse zeigt. Die Vergütung der Sterbekasse können jedoch neu aufgenommene Kameraden über 60 Jahren nicht mehr in Anspruch nehmen. Die Frage betr. Errichtung einer Jugendgruppe wurde dahin erledigt, daß der Vorsitzende sich mit dem Vorstand des Kreiskriegerverbandes in Verbindung setzt zwecks einheitlicher Regelung dieser Angelegenheit. Um auch weiterhin den vaterländischen Gedanken im Verein wachzuhalten, erklärte sich Kamerad, Polizeikommissar John, bereit, in den nächsten Monatsversammlungen über die brandenburgisch-preußische Geschichte einen Vortrag zu halten, was von den Anwesenden dankbar aufgenommen wurde. Das vom Kameraden Schaffeld vorgetragene Schlachtenlied zu Ehren unserer gefallenen Helden machte auf die Zuhörer sichtlich Eindruck. Zum Schluß bat der Vorsitzende, daß die nächste Versammlung ebenso zahlreich besucht werden möge, besonders auch wegen des angekündigten Vortrages des Kameraden John. Mit dem Absingen des Deutschlandliedes und dem kräftig aufgenommenen Hoch auf den Reichspräsidenten von Hindenburg und Reichskanzler Hitler fand die in allen Teilen in echt soldatischem Sinne verlaufene Generalversammlung ihr Ende.

Vom Niederrhein.

Dehlingen

t **Neue Gemeindevorsteher.** Am Freitag fand hier die erste Gemeinderatssitzung statt, die sich in der Hauptsache mit der Wahl des neuen Gemeindevorstehers befaßte. Die Gemeindevertreter wählten mit 4:2 Stimmen als neuen Gemeindevorsteher den Wirt Bernhard Venderbosch jun. Am selbigen Tage fand in Heelden eine Gemeinderatssitzung statt. Es wurde der bisherige Gemeindevorsteher, Landwirt Theodor Heisterkamp, einstimmig wiedergewählt.

Mörs

= **Landrat van Endert beurlaubt.** Die Kreisleitung der NSDAP. teilt mit, daß Landrat van Endert beurlaubt worden ist.

Israelitischer Gottesdienst.

Gottesdienst am Peßachfest.

Montagabend: Beginn des Festes 19 Uhr. — Dienstagmorgen 8,30 Uhr Predigt. Dienstagabend: 2. Festabend 20 Uhr. — Mittwochmorgen 8,30 Uhr. Mittwochabend 20 Uhr. Mincha an beiden Tagen 16 Uhr.

Verantwortlich: Für Politik Chefredakteur Dr. Maier, für Westdeutschland F. W. Schulze, für Feuilleton Peter Schlauk, für Handel und Sport Dr. A. Henkel, sämtlich in Dortmund. Für Münster und das Münsterland Dr. Fritz Stricker, Münster i. W. Berliner Redaktion: Dr. Ernst Hülsner, Berlin-Lichterfelde. Für den lokalen Teil: H. Schmitt, für den lokalen Anzeigenteil: St. Jopp, beide in Bocholt. Verlag: J. & A. Temming, Bocholt. Druck: „Zeno" G.m.b.H., Münster i. W.

Statt besonderer Anzeige.

Heute nacht entschlief nach kurzem Leiden unser lieber Junge

Achim Herz

im Alter von fast 3 Jahren.

Bocholt, den 9. April 1933.

Lehrer Alfred Herz
Lotte Herz geb. Ball.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 10. ds. Mts., 16 Uhr, vom Trauerhause (Nordwall 26) aus statt.

Von Beileidsbesuchen und Kranzspenden bitten wir absehen zu wollen.

†

Das Jahresseelenamt
für den Schüler
Rudi Valk
findet am Dienstag, dem 11. April, morgens 8,30 Uhr, in der St. Georgskirche statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

KREIS BORKEN
Bekanntmachung

Die Steuerordnung über die Erhebung einer Kreisschankkonzessionssteuer, veröffentlicht am 28. April 1932 in Nr. 117 der Borkener Zeitung, ist unverändert bis zum 1. April 1935 verlängert worden.

Die diese Verlängerung der Geltungsdauer genehmigenden und zustimmenden Verfügungen werden nachstehend zur Kenntnis gebracht.

Beschluß.

Die Gültigkeit der Steuerordnung des Kreises Borken vom 10. Februar 1926 betreffend Erhebung einer Schankerlaubnissteuer nebst Nachtrag vom 26. März 1928 wird hiermit bis zum 31. März 1935 verlängert.

Münster, den 16. März 1933.

(L. S.) **Namens des Bezirksausschusses.**
Der Vorsitzende:

IVb Nr. I 2b. 4. J. V. Unterschrift.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird die Zustimmung zu der Schankerlaubnissteuerordnung des Kreises Borken vom 10. Februar 1926 und zu dem Nachtrag vom 26. März 1928 bis zum 31. März 1935 mit der Maßgabe verlängert, daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgend welcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können.

Ich behalte mir vor, die zeitliche Beschränkung der Zustimmung vor Ablauf der Frist auf Antrag aufzuheben oder die Zustimmung zu verlängern.

Münster, den 29. März 1933.

Der kom. Oberpräsident der Provinz Westfalen.

(L. S.) J. V. Unterschrift.

Nr. 575 V.I

Borken, den 4. April 1933.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Bekanntmachung

Die Steuerordnung über die Erhebung einer Wertzuwachssteuer, veröffentlicht am 28. April 1932 in Nr. 117 der Borkener Zeitung ist unverändert bis zum 31. März 1934 verlängert worden.

Die diese Verlängerung der Geltungsdauer genehmigenden und zustimmenden Verfügungen werden nachstehend zur Kenntnis gebracht.

Beschluß.

Die Gültigkeit der Steuerordnung des Kreises Borken vom 10. Februar 1926 betreffend Erhebung einer Wertzuwachssteuer im Kreise Borken wird hiermit bis zum 31. März 1935 verlängert.

Münster, den 10. März 1933.

(L. S.) **Namens des Bezirksausschusses.**
Der Vorsitzende:

IVb Nr. I 2b. 4. J. V. Unterschrift.

Zu der vorstehenden Genehmigung wird die Zustimmung zu der Wertzuwachssteuerordnung des Kreises Borken vom 10. Februar 1926 in der Fassung der Maßgaben vom 9. April 1926, 25. März 1927 und 4. März 1931 bis zum 31. März 1934 mit der Maßgabe verlängert, daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgend welcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährleistung des Steuerertrages oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können.

Ich behalte mir vor, die zeitliche Beschränkung der Zustimmung vor Ablauf der Frist auf Antrag aufzuheben oder die Zustimmung zu verlängern.

Münster, den 27. März 1933.

Der kom. Oberpräsident der Provinz Westfalen.

(L. S.) J. V. Unterschrift.

Nr. 529 VI.

Borken, den 4. April 1933.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Zum Hausputz

empfehle meine Gardinen-Wäscherei sowie Gardinen-Spannen. (2466 Schonendste Behandlung, billigste Preise. Stärkewäsche in erstklassiger Ausführung.

Dampfwäscherei
Rautenberg
Bocholt

Haupt-Annahme: Königstraße 11 a. Auszeichnung „Gesolei" 1926 Diplom und Silberne Medaille.

Achtung!

Wegen der Karwoche verkaufe ich nicht wie sonst am Freitag und Samstag, sondern nur **am Mittwoch, dem 12. April,** prima (2692

Futterschweine

bei Imping (Nobelstraße).

H. Arp, Spellen.

DRUCK SACHEN

für den täglichen Bedarf schnell u. preiswert durch

J. & A. Temming,
BOCHOLT, Realschulstraße 14
Telephon Nr. 3054

Silber-Besteck

72teilig, mit rostfr. Klingen (100 Gr. A. neu), modern. Muster, sofort für RM. 85,— abzugeben.

Angeb. unter t. 342 an das Volksblatt erb.

Für sofort oder Zwei ältere ruhige Personen suchen zum 1. Mai eine (2489

4 Zimmer-wohnung

oder ein kl. Haus. Offerten unter t. 1071 an das Volksblatt erb.

Stadttheater Duisburg

Spielplan
vom 10. 4. bis 18. 4.

Montag, 10. April
19,45 bis 23,30 Uhr
Neu einstudiert und inszeniert
Die Zauberflöte
Oper in 2 Akten von W. A. Mozart
Vormiete 1²⁴ und freier Verkauf
Preise 1: 0,70—5,00 ℳ

Dienstag, 11. April
20 bis 23,30 Uhr
Der Freischütz
Romantische Oper in 3 Aufzügen
Vormiete 2²⁵ und freier Verkauf
Preise 2: 0,60—4 Mk.

Mittwoch, 12. April
19,30 Uhr
Einführende Worte von Dr. S. Schmitt
20 bis 22,45 Uhr
Zum ersten Male
Kaiser und Galiläer
Welthistorisch. Schauspiel von Ibsen
Vormiete 5²⁴ und freier Verkauf
Preise 3: 0,40—3 Mk.

Donnerstag, 13. April
20 bis 22,45 Uhr
Der Troubadour
Oper in 4 Akten von Verdi
Vormiete 3²⁵ und freier Verkauf
Preise 2: 0,60—4 Mk.

Freitag, 14. April
17,30 bis 22,45 Uhr
Parsifal
Ein Bühnenweihfestspiel in 3 Aufzügen von Richard Wagner
Vormiete 1²⁴ und freier Verkauf
Preise 1: 0,70—5 Mk.

Samstag, 15. April
Geschlossen.

Sonntag, 16. April
(1. Ostertag)
19,30 bis 23 Uhr
Im weißen Rößl
Singspiel in 3 Akten von Hans Müller
Außer Vormiete freier Verkauf
Preise 2: 0,60—4 Mk.

Montag, 17. April
(2. Ostertag)
20 bis 22,30 Uhr
Zum ersten Male!
13 bei Tisch
Komödie in 3 Akten von Rud. Eger
Außer Vormiete freier Verkauf
Preise 3: 0,40—3 Mk.

Dienstag, 18. April
19,30 Uhr
Einführende Worte von Dr. S. Schmitt
20 bis 22,45 Uhr
Kaiser und Galiläer
Welthistor. Schauspiel von Ibsen
Vormiete 1²⁵
Preise 3: 0,40—3 Mk.

Auswärtige Theaterbesucher: Benutzt zu den Mittwoch-, Samstag- u. Sonntag-Aufführungen im Stadttheater Duisburg. Sonntagsrückfahrkarten!

Beilage

Kundge

Wie einst in den
nationales und deut
Volk erfaßt. Der Un
ausrichtung auf ein
einen neuen deutsche
Wandel wurden bede
Führer und Krä
der Gründung des D
gung. Durch den Ma
seiner Bewegung und
bruch durch den under
von 1918 zum Siege
deutschen Volk in alle
schen, zur Mitarb
Neuen aufgeruf
kommen, daß der Ka
tolerierend, ob
Zeitenwende dasteht.
rer der deutschen und
end auf die volksverw
mit Hand an, der
bau zu schaffen.
echten Regungen und
Volkstums in seiner
unserer, der katholische
ist einmal unser Schi
derten geworden, daß
schem Volkstum die
Daher tragen wir auc
der Neuausrichtung n
zutragen zu Auftr
darin stimmen wir m
wegung völlig überein
deutschen Männern un
den. Wir setzen all
reichen uns über die

Unregelmäßigkeit

Die seit 14 Tagen
Untersuchung über Un
Stadtverwaltung führt
eines Stadtober
gestellten. Beide
unterschlagung und sch
zum Nachteil der Stadt
dem Amtsgericht zuge
Ermittlungen, die sich
mit allem Nachdruck fo
in Anspruch nehmen.
vorgekommen sind, wod
heblich geschädigt wurde

Wegen Beschimpfu

Der Fraktionsführer
ausgeber der Siegener
verhaftet und dem Ge
in dem Schaufenster
Illustration veröffentlic
affäre in Zabern beschä
alten preußischen Arme

Vor der erst

Trennung der ver
Gladbac

Der Amtliche Preuß
das preußische Staatsm
Frage der Möglich
durch das Gesetz über d
rheinisch-westfälischen In
vereinigten Städte Mün
geprüft. Nach Abschluß
falls die Trennung dies
folgen.

Damit ist die erste
gekommen; sicher werde
Die Rheydter haben ein
Stadt stammt Reichspro
und sie haben ihn bere
ist anzunehmen, daß im
beider Städte ausgespro
vertragen wollen, wen
kommt, wo man stets
getreten ist. Sachlich i
Buer und Gelsenk
Notwendigkeit einer W
geben, als es bei Rhe
Dinge ohne lokalpatriot

Ganz so einfach
nicht; wenn nicht voll
kehren soll, dann ergel
was mit den weiter ei
geschehen soll, die etwa
testierenden Stadt liege
Auslassung in der „Wes
es heißt: „Im übrigen
Bürgerschaft, bei der
Volksbefragung
Wiederherstellung eines
bekunden. Damit wäre
der umfangreichen Aufg
nur eine Trennung he
Frage zu lösen, wie die
wie das Stadtgebiet Gl
geteilt werden soll.
den vielen und verschie
selbständigen Gemeinden
kirchen, Giesenkirchen-Sch
dürfte nicht leicht sein."
ist, mag hieraus vielleic
gern von Gladbach los
es aber ebenso gern sehe
banten auch mit b
würde ja dem eigen
dung widersprechen. N
unrichtig, noch lange nic
dem einen recht sein, wa
einen, der damals
fordert.

„Brillanten-G

Einen besonders
Beamten des Eindru